

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Dezember 2011

Nr. 12 · 7. Jahrgang

Links informiert

3 Erinnerungen
an Walter Ruge

Babelsberg/Zentrum Ost

6-9 Bürgersolaranlagen/Online und
Yoga/"Concordia Nowawes o6" etc.

Original sozial

10 Interviewt: Anita Tack, Ministerin für
Umwelt, Gesundheit u. Umweltschutz

MITGLIEDERENTSCHIED ZUM PROGRAMM

Der mit dem Mitgliederentscheid 2010 beschlossene Mitgliederentscheid zur Bestätigung des Programmes der Partei DIE LINKE wird seit dem 17. November bis zum 15. Dezember 2011 durchgeführt.

Deine Stimme
für unser Parteiprogramm!
Mitgliederentscheid 2011
Abstimmen bis zum 15. Dezember
Informationen unter
Telefon: 030/240 09 237
Fax: 030/240 09 777
mitgliederentscheid@die-linke.de

Auf ein Wort...



Weihnachten nicht allein

Von Ingrid Püschel, Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung – Zentrum Ost

Überall wünscht man sich eine „besinnliche Weihnachtszeit“. Dabei klaffen allerdings Wunsch und Wirklichkeit für viele Menschen in unserer Gesellschaft weit auseinander. Oft sind Hektik und Stress besonders spürbar. Doch viele Menschen verbringen die Weihnachtsfeiertage allein. Manche haben weder Freunde noch Familie. Viele leben, meist nach dem Verlust ihres Ehepartners, völlig zurückgezogen und einsam.

Doch es gibt Möglichkeiten, diesem Alleinsein zu entfliehen. Speziell für ältere Bürgerinnen und Bürger gibt es Begegnungstätten, wo sie gemeinsam mit Anderen Gedanken austauschen und feststellen können: „Ich bin nicht allein. Andere denken ebenso wie ich.“ Diese Treffpunkte von Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden oder freien Trägern vermitteln Geborgenheit und ermöglichen es Älteren, miteinander in Kontakt zu bleiben und sich geistig und körperlich fit zu halten. Hier können sie in Gemeinschaft singen, tanzen, lachen oder frühstücken, Musik oder interessante Vorträge hören, die Geheimnisse eines Computers verstehen lernen, Sport treiben oder einfach nur über dies

(Fortsetzung auf SEITE 2)



Herbert-Ritter-Gedenken in Babelsberg

Babelsberger Ultras erinnern an erstes Nazi-Opfer von Nowawes/Gedenkstein geschändet

Zum 80. Jahrestag seiner Ermordung hatten Mitglieder der AG Gedenken – Erinnern – Mahnen der Ultras Babelsberg die Grabstätte des Nowaweser Jungkommunisten Herbert Ritter auf dem Friedhof in der Großbeerenstraße Anfang November aufgesucht und sie für das Gedenken hergerichtet, um eine würdige Erinnerung an den ermordeten Jungkommunisten zu ermöglichen. Nico Koba von den Ultras berichtete: „Aufwändig haben wir den unter Denkmalschutz stehenden Grabstein von Moosen, Flechten, Algen und allgemeinem Schmutz befreit.“ Die jungen Fans des SV Babelsberg 03 säuberten auch das Metallrelief

mit dem Konterfei Herbert Ritters. Während es in den vergangenen Jahrzehnten schwarz angelaufen war, ist nun wieder metallischer Glanz zu erkennen. Auch die verwitterten Schriftzüge wurden farblich nachgezogen. „Wir hoffen, dass nach unserem Engagement die Stadt nachzieht und sich ebenfalls um ihre Denkmäler kümmert“, so die Potsdamer Schülerin Susanne (17).

Am Sonnabend, 12. November 2012, trafen sich dann in den frühen Morgenstunden rund 30 Mitglieder des Fanprojektes Babelsberg auf dem Babelsberger Friedhof. Doch die Gedenkfeier wurde empfindlich gestört: Zwi-

schen Donnerstag (3.11.) und dem Sonnabend früh wurde der Grabstein geschändet. Drei Löcher zeugen davon. Trotzdem – oder gerade deshalb – erinnerten die jungen Leute in bewegenden Worten an den feigen Mord vor nunmehr 80 Jahren.

Herbert Ritter wurde im Alter von 17 Jahren von einem Faschisten auf dem heutigen Weberplatz erschossen. Er war Arbeiter im Orenstein&Koppel-Werk (dem späteren Karl-Marx-Werk) und Mitglied im Kommunistischen Jugendverband. Herbert Ritter war das erste Opfer des faschistischen Terrors im damaligen Roten Nowawes.

Im vergangenen Jahr wurde bei

einer Gedenkveranstaltung auf dem Weberplatz die verschollen geglaubte Gedenktafel am Haus der IHK enthüllt („PaS“ berichtete). Die Tafel war dort 20 Jahre lang von einer Werbetafel verdeckt worden. Auch durch die erfolgte Schändung des Grabmales lassen sich die Babelsberger Ultras nicht von ihrem antifaschistischen Engagement abbringen.

„Dieses Gedenken soll ein Zeichen dafür sein“, betonte Nico Koba, „Es ist auch ein Teil unseres Selbstverständnisses, sich mit dem Kiez, in dem unser Stadion steht, mit seiner Geschichte und Kultur auseinander zu setzen und zu identifizieren.“

2. Tagung des 3. Parteitages DIE LINKE.Potsdam

Am 10. Dezember 2011 im Humboldt-Gymnasium Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 103

Zu Beginn der Tagung, um 10.00 Uhr, wird die Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg, Gerrit Große, MdL, DIE LINKE, sprechen. Weitere Schwerpunkte für die anschließende Diskussion liefern die Berichte des Kreisvorsitzenden, des Fraktionsvorsitzenden der Stadtfraktion DIE LINKE.Potsdam sowie die Erfahrungsberichte der Ortsverbandsvorsitzenden. Außerdem werden die Delegierten zum Landesparteitag im Februar 2012 sowie die Delegierten zum Bundesparteitag 2012 gewählt. Und schließlich erfolgen die Wahlen der Mitglieder des Landesausschusses und die Nachwahl weiblicher Mitglieder für den Kreisvorstand. Um 15.00 Uhr sind alle Teilnehmer zu einer Dankeschönveranstaltung eingeladen.

(Fortsetzung von SEITE 1)

oder jenes plaudern. Vor allem in der Weihnachtszeit treffen sich Senioren in zwangloser Runde, es gibt Kaffee, Tee und Gebäck. Viele Seniorentreffs sind speziell zu den Feiertagen geöffnet. Aber auch Theater, Restaurants, Kinos und andere Unterhaltungsmöglichkeiten sind nahezu rund um die Uhr geöffnet. Konkrete Angebote für Weihnachten gibt es in Zeitungen oder Stadtmagazinen. Egal, ob Sie in Potsdam bleiben oder „wo anders“ die Feiertage verbringen möchten, es gibt genug Angebote. Beim Weihnachtsbuffett in Mecklenburg, bei einer Schneewanderung im Schwarzwald, bei einer Kreuzfahrt auf dem Nil oder beim Festessen in Potsdam oder Berlin – überall können Sie sich verwöhnen lassen. Genau das Richtige, um das Alleinsein zu vergessen.

„Deutsche Außenpolitik gegenüber Staaten Osteuropas“



Unter dem oben genannten Arbeitstitel veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg in Zusammenarbeit mit dem Verband für internationale Politik und Völkerrecht e. V. und der Zeitschrift WeltTrends Anfang November das 15. Potsdamer Kolloquium zur Außen- und Deutschlandpolitik. An der zweitägigen Konferenz im „Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte“ nahmen Außenpolitiker, Diplomaten, Journalisten und Wissenschaftler aus verschiedenen Institutionen, darunter aus dem Auswärtigen Amt, teil. So auch der Ex-Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow (z.v.r.), sowie frühere Botschafter der DDR und der Bundesrepublik.

„Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung“

Für einen Politikwechsel – für eine starke LINKE in Brandenburg/Positionspapier

Ziel unserer Politik muss sein, die Probleme der Menschen aufzunehmen, mit ihnen gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, sie in ihrem Wirken zu unterstützen. Die Menschen müssen die Veränderungen durch ihr eigenes Agieren spüren. Dabei dürfen wir uns nicht nur auf „Klientelpolitik“ beschränken. Nicht nur Mahnerin vor sozialen Verwerfungen sein – dies muss und wird die LINKE bleiben – sondern wir müssen auch als Ideengeber für gesellschaftlichen Aufbruch in Erscheinung treten – und das deutlich stärker! Wir sehen eine moderne LINKE als Verbindung von sozialem Engagement, ökologischer und gesamtwirtschaftlicher Verantwortung, aufgeklärter Bürgerschaft und einem Mehr an Demokratie. Wir müssen einen Disput mit verschiedenen Schichten und Zielgruppen führen. Nicht um vorrangig eigene Meinung bestätigt zu bekommen, sondern im Gespräch neue Erkenntnisse zu gewinnen und zugleich unsere Ideen und Konzepte „zu testen“.

Die neue Debatte für ein Brandenburger Leitbild der LINKEN – „Gerechtigkeit, Solidarität und Verantwortung für die Zukunft“ – ist dabei ein wichtiges Signal sowohl nach innen als auch nach außen. Es ist an der Zeit, sich wieder dem erfrischenden Prozess der Leitbild-Debatte von 2007/08 zu widmen, und dies mit einem neuen Landesvorstand. CDU, FDP und Grüne

haben in der vergangenen Landtagsdebatte gezeigt, dass sie keine Visionen für dieses Land haben. DIE LINKE will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Debatte um ein solidarisches Brandenburg, das regional vielfältig, zukunftsorientiert und europäisch ist, führen. Ein Brandenburg, in dem die gerechte Teilhabe aller in allen Teilen des Landes gesichert ist und nicht unter dem Banner von Effizienz, Metropole und Benchmarking beständig ausgehöhlt wird. Dieser Herausforderung muss sich der neue Landesvorsitzende mit seiner Mannschaft stellen.

Der zukünftige Landesvorstand muss in einem breiten Diskurs Antworten auf die zentralen Fragen der Zukunft geben. Diese sind unserer Meinung nach: die um eine nachhaltige Bildungslandschaft und nachhaltige Wirtschaftsstruktur, um die Lebensqualität für zukunftsfähige Städte und Dörfer, um eine handlungsfähige und bürgernahe Verwaltung, um demokratische Teilhabe als Schlüssel für zukunftsfähiges Gemeinwesen, um Arbeit für ein Leben in Würde, um die ökologische Herausforderung als Chance, um die Gestaltung des demografischen Wandels und um die solide Finanzierung politischen Handelns, und eben nicht nur unter alleinigen Gesichtspunkten der Haushaltskonsolidierung. Das müssen die Themen der Partei DIE LINKE in Brandenburg sein.

Der zukünftige Landesvorstand muss nicht nur das Land, die Regionen und vor allem die Menschen im Blick haben, sondern auch einen innerparteilichen Interessenausgleich zwischen den Kreisverbänden, den Gliederungen, den Mitgliedern der Partei herstellen.

Der Landesvorstand hat aus unserer Sicht nicht die alleinige Aufgabe, den Koalitionsvertrag umzusetzen – das machen unsere Abgeordneten und MinisterInnen und natürlich mit der Unterstützung der Partei. Dennoch muss sich DIE LINKE darüber hinaus stärker zu verschiedenen Inhalten äußern und eigene Standpunkte vertreten. Wir müssen Ideengeber für eine langfristige Entwicklung sein. Das bedeutet eindeutig nicht gegen die Fraktion zu handeln, sondern unsere Abgeordneten in für uns wichtigen Punkten zu unterstützen und Rückendeckung auch in Diskursen mit der SPD zu leisten. Sonst bleiben wir als Partei nicht erkennbar. Die Wählerinnen und Wähler haben uns auf Grund unseres Wahlprogramms gewählt. In der Öffentlichkeit muss deutlicher gemacht werden, was wir im Moment umsetzen, was wir darüber hinaus umsetzen wollen, es aber unter den jetzigen Regierungskonstellationen nicht können, weshalb eine stärkere LINKE für Brandenburg wichtig ist.

Es ist nicht leicht, doch es kommt hier auf Führungsstärke, Dialog

und nicht auf Machtstärke allein an. Es braucht ein Team, welches Verantwortung übernimmt und in einer neuen Qualität eine transparente, kritikfreudige und innovative Zusammenarbeit im Landesverband anstrebt. Dabei ist es uns wichtig, dass der Findungsprozess nicht zu einer politischen Demontage oder gar zur Beschädigung Einzelner führen darf.

Wir verbinden dies mit klaren Kriterien, an denen sich das künftige Führungspersonal messen lassen sollte. Dazu benötigen wir Verantwortungsträgerinnen und -träger mit ausgeprägten sozialen Kompetenzen nach Innen, sowohl kommunikativ und integrativ als auch verantwortungsbewusst in der Sache. Mit klarer Position und Stärke nach Außen, die erklärend, aufklärend und mobilisierend wirken. Einer großen Portion Mut in Verantwortung, wie auch Durchhaltevermögen in Entscheidungen. Die übernommene politische Verantwortung für Brandenburg ist ein strategisches Projekt für uns, welches nicht nur die Regierungsmitglieder, die Fraktion, sondern auch die Partei bindet. Dies werden wir aktiv, mit Engagement, mit Verantwortungsbewusstsein in der Sache und Augenmaß begleiten.

Sascha Krämer,
Kreisvorsitzender Potsdam
Sebastian Walter,
Kreisvorsitzender Barnim

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Sascha Krämer, Vorsitzender. Alleestraße 3, 14469 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam
Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout; Jens Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde Krahnert, freie Mitarbeit; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Ich kannte Walter schon lange; „Kennen“ ist übertrieben. Ich hatte ihn in meiner DEFA-Zeit häufig gesehen, einen hoch gewachsenen Mann mit markanten Gesichtszügen unter einem glatt rasierten Schädel, meist weiß bekittelt, ein Chef aus der Fotoabteilung. Man munkelte, er sei lange „bei den Freunden“ gewesen. Geheimdienst? KGB? Genaues wusste man nicht. Wenn im Studio neue sowjetische Filme gezeigt wurden, die der DEFA-Außenhandel nicht aufkaufte, dolmetschte er simultan. Es war eine Aura um ihn, etwas Geheimnisvolles.

Erst nach der Wende, auf der Beisetzung meiner Großcousine Ruth Stier, der Schwester von Walter Klausch, dem Jungkommunisten, kamen wir uns näher. Natürlich über die politische Strecke. Außerdem fanden sich beide Familien sympathisch.

Nun wurde auch das Geheimnis seines langen SU-Aufenthalts aufgedeckt: Moskauer Exil, Gulag und Verbannung. Auf meine Frage, ob es ihm verboten war, vor der Wende darüber zu sprechen, antwortete er nach einer Weile: „Was sollte ich sagen? Dass meine eigenen Genossen mich eingesperrt hatten?... Außerdem bliebe immer der Argwohn: na, irgendwas wird schon dran gewesen sein...“

Der KGB hatte ihn 1941 auf Grund einer Denunziation verhaftet; auf einer Silvesterveranstaltung in Moskau hatte er den Pakt Hitlers mit Stalin kritisiert. In der Ljubjanka wurde mit der Feststellung „Sie haben also Zweifel an der Politik des Genossen Stalin!“ das Urteil gesprochen. Dass Hitler mit dem Überfall inzwischen vertragsbrüchig geworden war, interessierte die Vernehmer nicht; sie hatten ihr „Soll“ an Staatsfeinden zu bringen.

15 Jahre später wurde das Urteil „wegen Fehlens eines Tatbestands“ sang- und klanglos aufgehoben. Das hat Walter immer wieder erregt – war doch die Annullierung des Urteils von den gleichen KGB-Beamten ausgefertigt.

Bei Treffen unserer Familien (seine lettisch-russische Frau Irina war eine exzellente Gastgeberin, ihre Pelmenis waren berühmt. Sie war eine Ehefrau, die ihrem lebenslustigen Walter manches nachgesehen hat) trug Walter stets eigene kleine Erzählungen aus seinem Leben vor. Sie waren journalistisch-feuilletonistisch gebaut, verfügten über viel, auch hintergründigen Humor und wurden von ihm brillant vorgetragen. Am meisten beeindruckte uns, dass da jemand mit 15 verlorenen Jahren, mit einer solch schweren Vergangenheit, so leicht umgehen konnte, ohne sie dabei zu verharmlosen. Das Unmenschliche jener Zeit wurde durch die nüchterne Beschreibung der Fakten auf viel stärkere Weise sichtbar.

Wir fanden, dass das veröffentlicht werden sollte. Auch andere Freunde hatten dazu geraten. Walter hatte die Texte ursprünglich für seine Tochter Tatjana geschrieben, ließ sich aber nicht lange bitten.

Das Leben eines Kommunisten

Erinnerungen an Walter Ruge
Von Claus Dobberke, Regisseur



2011: Walter Ruge

Er schrieb bis zum Schluss am PC. Ich übernahm die Formatierung auf DIN-A 5, Ausdruck und – ohne in seine Stilistik einzugreifen – Korrektur. (Später, vor dem Druck, hat sich ein Germanist der Texte redaktionell angenommen und manches liebenswert Ungeschliffene, Walter-Typisches begradigt.) 2004 kamen diese biografischen Reportagen, gekürzt und für das französische Lesepublikum aufbereitet, zuerst in Frankreich heraus, auf energisches Betreiben der Pariser Germanistin Anne-Marie Pailhes. Die hatte Walter und seine Frau in Potsdam auf einer Veranstaltung der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft kennen gelernt. Sie hatte Walters Lebensstationen faszinierend gefunden.

Im Vorwort zur französischen Ausgabe („Prisonnier no. 8403- de la montée du nazisme aux goulags“) zitiert sie aus einem Brief Walters (er sprach und schrieb Französisch ebenso perfekt wie Russisch und Deutsch): „Ich schreibe seit langem; an eine Publikation zu DDR- Zeiten war nicht zu denken, aber, ich hatte ja noch genügend Zeit – und außerdem schien mir mein „Schicksal“ im Vergleich zu dem, was andere zu erleiden hatten, völlig unbedeutend. Der Sinneswandel kam mit der deutschen Wiedervereinigung. Man hat Kübel voll Schmutz über meine Vergangenheit, über mein Leben ausgegossen. Meine Texte wurden nun ein Akt des Protestes, der Versuch zu zeigen, ohne die Wahrheit zu kaschieren, dass wir trotz manchen sehr schwierigen Zeiten unsere menschliche Würde und unseren Humor bewahrt haben.“!

Deutschen Genossen gelang dann, zwei Jahre später, beim GNN-Verlag eine deutsche Ausgabe unter dem Titel „Treibeis am Jenissei“.

Nach dem unverhohlenen erklärten politischen Ziel der DDR-Delegitimierung fühlte und fühle ich mich Walter stark verbunden in dem Bestreben, den „Kübeln von Schmutz“, den Halb Wahrheiten, Auslassungen und ahistorischen Betrachtungen über die DDR ohne falsche Nostalgie eine „andere“ Wahrheit entgegenzustellen.

Walters sehnlichster Wunsch war es, noch einmal an den Jenissei zu kommen, nach Igarka, wo er seine Irina geheiratet hatte, und nach Jermakowo, wo das Straflager war.

So wurde der Gedanke geboren, eine Film-Reportage über Walters Leben zu drehen. Das Leben eines Kommunisten, der trotz Gulag Kommunist geblieben war.

Wie alle künstlerischen Kräfte der DEFA, war ich 1990 in die „freie Wildbahn“ entlassen worden. Natürlich hatte ich meine künstlerischen Ambitionen nie aufgegeben, und hier bot sich die Gelegenheit, jungen Filmemachern eine lohnende Aufgabe zu stellen. Mein Freund Thomas Frick, dessen HFF-Diplomfilm ich betreut hatte, interessierte sich sehr für den Stoff; er scheiterte leider an der Finanzierung.

Da kam der heutige Dokumentarfilmregisseur Stefan Mehlhorn, Potsdamer, damals Student im 3. Studienjahr in Ludwigsburg, aufs Tapet. Ihm gelang es schließlich, auch mithilfe der Potsdamer PDS sowie Mitteln der Ludwigsburger Filmakademie und unseren eigenen „Spenden“, die Finanzen für einen Dreh mit kleinstem Staff in Sibirien zusammenzukratzen. Die Brandenburgische Staatskanzlei gab Lottomittel erst, nachdem erwiesen war, dass Walter Brandenburger ist. Sein Geburtsort Berlin-Charlottenburg gehörte nämlich 1915 noch zu Brandenburg und nicht zu Berlin.

Ich reiste als Mentor mit an den nördlichen Polarkreis, und im Ergebnis entstand der Dokumentarfilm „Über die Schwelle“.

Mehlhorn hatte seine von keinen Vergangenheitsressentiments getrübe eigene Sicht in das Ruge-Porträt eingebracht. Er hatte in Potsdam im überfüllten Filmmuseum Premiere, bekam von der Filmakademie die Note „ausgezeichnet“, von der Filmbewertungsstelle Wiesbaden mit „Besonders wertvoll“ das höchste Prädikat. Und – der Zweck wurde erfüllt. Zwar kam der Film nicht in die Kinos, aber der Südwestrundfunk und „arte“ sendeten ihn. Walter und Stefan reisten mit ihrem Film quer durch die Republik, von Frankfurt/Main bis Rostock. Und so wurden Leben und Lebensart des deutschen Kommunisten Walter Ruge der Öffentlichkeit bekannt, in vielen Diskussionen, auch in Zeitzeugen-Veranstaltungen in Schulen von jungen Leuten begutachtet, diskutiert, besprochen.

Walter Ruge selbst ist nicht mehr. Sein Vermächtnis aber existiert.

„Welche kommunalpolitischen Themen sollten 2012 verstärkt eine Rolle spielen?“

fragten wir im November unsere LeserInnen. Dazu hatten wir neun Themenkomplexe angeboten.

41,2 % stimmten für „bezahlbares Wohnen“, 23,5 % für „Bürgerbeteiligung&Bürgerhaushalt“, 11,8 % votierten sowohl für „kostenloses Schulesen“ sowie für „wohnnaher Einkaufsgelegenheiten“.

5,9 % stimmten für „Schulsanierung“ bzw. „Rad- und Fußgängerverkehr“. Keine Stimme erhielten die „Kita-Situation“, der „motorisierte Individualverkehr“ sowie die „lebendige Innenstadt“.

Unsere Frage für den Dezember ist nun:

„Sind Sie mit dem zentralen „Historischen Weihnachtsmarkt“ auf der Brandenburger Straße zufrieden?“

Stimmen Sie ab unter www.die-linke-potsdam.de ab.

Gründung des Bundesrates LINKE Frauen

Am 23. Oktober 2011 hat sich auf dem Bundesparteitag der Partei DIE LINKE in Erfurt der Bundesrat LINKE Frauen gegründet. Dem Bundesrat gehören heute bereits mehr als 100 Frauen aus 15 Bundesländern und der AG LISA an. Ziel des Bundesrates LINKE Frauen ist es, das sozialistisch-feministische Profil der Partei weiterzuentwickeln und die Arbeit der selbstorganisierten Frauengruppen innerhalb der Partei zu vernetzen und zu koordinieren.

Der Bundesrat wird Impulse für die programmatische Weiterentwicklung der Partei setzen und zu einer größeren Ausstrahlung frauen- und gleichstellungspolitischer sowie feministischer Positionen in Partei und Gesellschaft beitragen. Der Bundesrat LINKE Frauen versteht sich als Ansprechgremium für Partnerinnen in Bewegungen, Verbänden, Vereinen und anderen Parteien des In- und Auslandes: „Wir machen allen Frauenorganisationen der Partei das Angebot, sich mit uns in Verbindung zu setzen und sich in den Gründungsprozess des Bundesrates aktiv einzubringen. Wir laden alle Genossinnen und Sympathisantinnen unserer Partei ein, die Gründung des Bundesrates als Mitgründerinnen zu unterstützen.“



1954: Glück in Sibirien – Irina und Walter spazieren nach dem Standesamt durch ihre Stadt.



2006: Das Drehteam mit Walter Ruge (r.), Claus Dobberke (l.) und Stefan Mehlhorn (3. v. l.) vor dem Filmmuseum.

Bundestag lobt Filmpreis „Nachhaltigkeit“ aus

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann informiert, dass anlässlich des Jubiläumsjahres „Rio2oplus“ 2012 der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung einen Filmpreis zum Thema Nachhaltigkeit ausgelobt hat. Er ruft Studierende wie Amateure auf, sich für den Nachhaltigkeitsfilmpreis zu bewerben.

Im Jahr 1992 fand in Rio de Janeiro die erste Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung statt, deren 20. Jahrestag vom 4. bis 6. Juni 2012 mit einer weiteren UN-Konferenz in Rio begangen wird.

Der Preis wird im Rahmen des internationalen Studententilmpreises „sehsüchte“ in Potsdam ausgelobt. Er ist mit 2.500 Euro dotiert und geht an den besten Film zum Thema Nachhaltigkeit. Der Beirat erwartet Filme, die den weiten Begriff Nachhaltigkeit prägnant auf den Punkt bringen oder in denen eine Facette von Nachhaltigkeit deutlich herausgearbeitet wird. Der Film soll anregen, über „unser Handeln und seine weit reichenden und langfristigen Folgen“ nachzudenken.

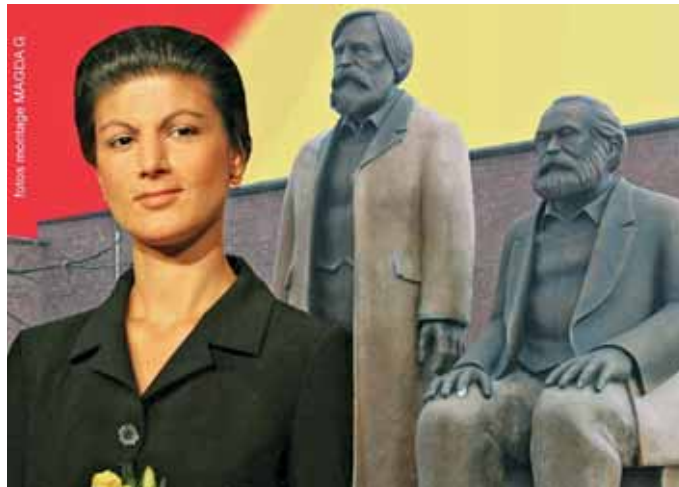
Bewerbungen sind in fast allen Kategorien möglich, vom Musikvideo über den Kinderfilm hin zu Dokumentation, Spielfilm und Animation. Die Filme müssen bis Ende Januar 2012 eingereicht werden. Sie dürfen nicht vor 2011 produziert worden sein. Das Festival findet Ende April 2012 in Potsdam statt. Anmeldeformulare und weitere Informationen sind unter www.sehsuechte.de erhältlich.

Aufgabe des Parlamentarischen Beirats ist es, die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch zu begleiten und Empfehlungen abzugeben.

Neu-Erfindung der LINKEN als zukunftsfähige Mitgliederpartei – ein existenzielles Projekt

Die LINKEN haben ein Problem: So wirklich verändern können sie das politische Parkett in Deutschland trotz guter Vorsätze wohl auch die nächsten Jahre nicht. Das politische Gebrechen steckt der alten Dame Partei tief in den Knochen, die als etwas eingerostete Struktur aus der Nachkriegszeit in veränderten Zeiten nicht mehr so recht tragen wollen. Hinzu kommt, dass auch das Fleisch schwach ist, die Kräfte schwinden und man oftmals recht ungelentk mit GenossInnen und Besuchern tanzt. Wobei viele Interessierte bereits seit Jahren einen Bogen um die angegrauten und nicht mehr sonderlich attraktiven Damen und Herren von der Parteischule machen. Nur: Mit ein bisschen Rouge auf den Wangen, ohne eine wirklich tiefgehende Frischzellenkur, wird sich das Problem nicht lösen lassen. Überdies droht das Lebenswerk ganzer politischer Generationen gefährdet zu werden, wenn aufrechter Nachwuchs fehlt.

Parteischimpf, viel Stress im



„Lichte Ferne, leuchtend nah“

Fotomontage: MAGDA G.

Beruf, gelebte Individualität und das neue Leben im und mit dem Internet sind nur einige Dinge, mit denen unsere alte Dame nicht mehr so recht umgehen kann. Das zeigt sich dann auch im eher konservativ angehauchten Bild vom „richtigen Politikmachen“: Du möchtest in unseren Club? Dann pass aber auf, denn das wurde von

uns disziplinierten Parteisoldaten schon immer so gemacht und da muss man sich erstmal hocharbeiten. Wer zu uns kommt, der muss sich auch anpassen. Und dass die eigentliche Politik vertraulich in Hinterzimmern gemacht wird, wirst du auch noch lernen, wenn du dir die richtigen Freunde suchst. Natürlich ist das überzeichnet

und pointiert. Die flotten Hüpfen, die unserer alten Dame bereits unter die Arme greifen wollen, haben denn auch schon so einige alte Tanzschritte über Bord geworfen. Doch noch fehlt der gewitzte Gentleman, der der alten Dame ein wenig Tango und Salsa beibringt und dabei dennoch auf das Schrittempo derjenigen achtet, die ihre jahrzehntelange Erfahrung im klassischen Polit-Walzer perfektioniert haben. Dabei stecken hinter seinen Ruf nach professioneller Mitgliederbetreuung und „Mehr Demokratie wagen!“ weder einfache Floskeln noch einfache Antworten. Die Lust daran, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, muss mit der Suche danach, was diese Lust erst entfacht, beginnen. Und hat man erst das eigene Tanzensemble auf Vordermann gebracht, so gilt es, raus zu gehen und die Menschen auf der Straße mit selbstsicheren, aber stets für Neues offenen Schritten zu gewinnen, um auch einmal deren Gedanken fliegen zu lassen.

Daniel Förster

Der Wald am Kirchsteigfeld soll bleiben

Seit Oktober 2010 diskutieren wir über die Gewerbefläche im Kirchsteigfeld. Der noch in der abschließenden Diskussion befindliche Flächennutzungsplan 2011 ist dabei von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wollen wir die Waldfläche in ihrer Gesamtheit opfern oder teilweise als Erholungsstandort erhalten?

Leider wird in keiner Variante der Verwaltung auf die seit dem Planungs-

workshop bekannte Forderung der Bürgerinitiative Kirchsteigfeld/Drewitz eingegangen, den Wald größtmöglich zu erhalten.

Wir wollen, wie im Protokoll der Bauausschussberatung vom 24. Mai 2011 nachlesbar, den Wald als solches erhalten. Dabei ist die in der Begründung zum nach wie vor geltenden B-Plan 18 formulierte Textfassung mit Bezug auf. §7 BbgNatSchG aufrecht

zu erhalten: „Das südliche Waldstück soll zum naturnahen Erholungswald entwickelt werden, um eine integrierte Nutzung von Naturschutz und Erholung zu gewährleisten.“

„Ergänzend dazu wird im Süden des Planungsgebiets die Festsetzung „Wald“ getroffen, um einen Übergang zu den siedlungsnahen Grünflächen zu sichern.“

Um einer vorschnellen und nicht

mehr rückgängig zu machenden Entscheidung im Zusammenhang mit dem Flächenmaß der gewerblichen Entwicklung vorzubeugen, wollen wir eine Beschlussfassung zum FNP 2011 vor einer Beschlussfassung zu Änderungen im B-Plan Nr. 18 „Kirchsteigfeld“ mit einem Antrag sichern.

Er wurde in die Fachausschüsse KOUL und Bauen überwiesen.

Jana Schulze

Potsdam-Museum in Gänze erhalten

Die Gedenkstätte Lindenstraße 54 ist Teil des Potsdam-Museums und soll nicht aus dem Potsdam-Museum und der Landeshauptstadt Potsdam herausgelöst werden. Diese Auffassung wurde im Kulturausschuss im September diskutiert und für richtig befunden. Durch neue Ressourcen soll die Gedenkstätte weiter ausgebaut werden. Das Land wird sich künftig finanziell beteiligen. Nun teilte der Oberbürgermeister mit, dass er das Haus in

der Lindenstraße aus dem Museum herauslösen will und in eine eigene städtische Stiftung einbringen möchte. Diese Vorstellung stieß im Kulturausschuss auf Unverständnis.

In den vergangenen Jahren sind umfangreiche planerische und konzeptionelle Arbeiten durch das Potsdam-Museum für eine inhaltliche Ausgestaltung des Lindenstraße 54 geleistet worden. Dies erfolgte aus der Kraft des Museums heraus. Um so er-

freulicher und bemerkenswerter ist es, dass nunmehr ca. 300 000 Euro Landesmittel im Verbund mit 300 000 Euro städtischen Mitteln zur Verfügung stehen, um die Arbeit zu qualifizieren und aufzuwerten sowie die Resultate öffentlichkeitswirksamer zu gestalten. Dieser Teil der Stadtgeschichte kann am besten im Kontext der Gesamtentwicklung der Stadt bearbeitet und demonstriert werden. Insofern gehört die Lindenstraße 54 zum Potsdam-

Museum insgesamt. Deshalb beantragt DIE LINKE, die künftige finanzielle und personelle Aufwertung der Gedenkstätte in all ihren Modulen, die den gesamten historischen Werdegang des Hauses von Beginn des 19. Jahrhunderts bis 1989 beschreiben, so auszugestalten, dass die Lindenstraße 54 – eingeordnet in die Stadtgeschichte – ein immanenter Bestandteil des Potsdam-Museums bleibt.

Dr. Karin Schröter

Energie – lebensnotwendig und menschenwürdig

Die Gemeinnützige Gesellschaft für Verbraucher und Sozialberatung (GVS) hat in ihrer repräsentativen Studie ermittelt, dass Hartz-IV-Bezieher mehr für die Energiekosten ausgeben, als die Regelleistung vorsieht. Aber nicht nur Hartz-IV-Empfänger können dadurch in prekäre Situationen geraten, sondern auch Asylbewerber und illegale Immigranten. Strom gehört

einfach zu einem menschenwürdigen Leben. Wie soll man/frau ohne Strom verfassungsmäßige Rechte wahrnehmen – etwa das Recht auf Gesundheit oder die informationelle Selbstbestimmung? Es ist inakzeptabel, dass hier lebenden Menschen allein aus finanziellen Gründen der Strom abgestellt wird und diese also ohne Strom leben müssen. Und das sind mehr als wir

denken. Ich bin der Meinung, dass es für jeden Menschen ein Mindestkontingent an Strom geben muss. Die technischen Voraussetzungen sind leicht zu schaffen. Ich denke aber auch an einen Sozialtarif. Auf jeden Fall muss es eine unpfändbare Menge an Strom für jeden hier lebenden Menschen geben. Die finanziellen Voraussetzungen sind auch gegeben. Durch

Umschichtungen könnten die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden. Ein kommunales Unternehmen sollte seiner sozialen Verantwortung gerecht werden. Es wird Zeit, dass wir daran gehen, die soziale Ungerechtigkeit abzuschaffen – von Mindest- und Höchstlöhnen gar nicht zu sprechen.

Hans Otto Träger

WagenHausBurg Hermannswerder auf Dauer sichern

Seit langem gibt es Diskussionen, ob die WagenHausBurg auf Hermannswerder bleiben kann oder nicht. Einst gemachte Zusagen der Verwaltung werden von ihr in Frage gestellt, die Zukunft des Projektes wird zunehmend unter dem Aspekt der Verwertung des Geländes beurteilt, die Verlängerung des Pachtvertrages auf 5 Jahre zeitlich begrenzt. Dabei spielt die Tatsache, dass sich der Tornow 38 zu einem wirklichen kulturellen Anziehungspunkt vor allem für Familien entwickelt hat und eben

nicht „nur“ eine Wohnstätte für etwas über 20 Personen ist, keine Rolle.

Wir möchten, dass die gesetzte 5-Jahresfrist wenigstens mit einer Option auf Verlängerung versehen und geprüft wird, unter welchen Voraussetzungen dieser Standort auf Dauer gesichert werden kann.

Unser Foto: Schon seit einiger Zeit kümmerte sich der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, um die Belange der Wagenburgler. So weilte er im Sommer 2010 auf Her-



mannswerder, um sich über den Stand der Bemühungen der Anwohner ein Bild zu machen und

seine Unterstützung den Betroffenen gegenüber zum Ausdruck zu bringen. *Dr. Sigrid Müller*

Sportunterricht gefährdet

Die Pleite einer Baufirma gefährdet den ordnungsgemäßen Sportunterricht an der Griebnitzsee-Grundschule. Nachdem die Stadt eine Hälfte des ehemaligen Espengrund-Gymnasiums an das Erzbistum Berlin-Brandenburg veräußert hatte, gab es schon einmal heftige Auseinandersetzungen um den Betrieb der dortigen Turnhalle. Diese befindet sich auf dem veräußerten Grundstücksteil und soll durch einen Neubau an anderer Stelle ersetzt werden. Mit einem mühsam erkämpften Kompromiss und einem SVV-Beschluss auf Initiative der LINKEN gelang es, die Ausfallzeit auf maximal 8 Wochen zu begrenzen. Doch diese Vereinbarung ist nach der Insolvenz der bauausführenden Firma nunmehr Makulatur. Das Erzbistum rechnet mit einer Fertigstellung des Neubaus nunmehr frühestens im August - trotzdem soll die alte Halle spätestens im Februar abgerissen werden, um Platz für den geplanten Schulanbau zu schaffen. Damit stünden staatliche wie „freie“ Schüler für mindestens ein gesamtes Schulhalbjahr ohne Sportanlagen dar. Die LINKE hat deswegen in der SVV beantragt, die Genehmigung für den Abriss der alten Halle auszusetzen und mit dem Bistum Verhandlungen aufzunehmen, um die Einhaltung der ursprünglich geplanten Ausfallzeit durch Verschiebung des Abrisses zu erreichen. Mit einer Einsichtnahme in die Kaufverträge und Gesprächsprotokolle soll außerdem geklärt werden, ob der Kommunale Immobilienservice den SVV-Beschluss in der Vertragsgestaltung auch entsprechend umgesetzt hat. Das Ergebnis bleibt abzuwarten. Die Vorgänge zeigen jedoch schon jetzt deutlich, wie problematisch sich die Veräußerung öffentlicher Schulgebäude an private Träger im Einzelfall auswirken kann. *sw*

Kein Knabengymnasium in Potsdam

Mit dem Antrag „Kein Knabengymnasium in Potsdam“ hat DIE LINKE auf öffentlichen Protest reagiert. Der Spruch des OVG Berlin-Brandenburg ermöglicht die Einrichtung eines katholischen Gymnasiums für Knaben. Potsdam sollte, so der Gegenstand des Antrages, alle gesetzlich zulässigen Möglichkeiten nutzen, um die Ansiedlung einer solchen Lehranstalt mit einem völlig antiquierten Bildungsmodell zu verhindern.

Es war wichtig zu hören, dass die Verwaltung sich nach wie vor an die Beschlüsse der SVV aus 2004 und 2007, die übrigens auch beide von DIE LINKE initiiert waren, gebunden sieht und im Rahmen des rechtlich Zulässigen Bestrebungen dieser Art nicht unterstützen wird. *-sm*

Neue Familienkarte für Nutzung der Strandbäder

Bisher durften 2 Erwachsene und 2 Kinder mit der Familienkarte für 6 EURO die beiden Strandbäder nutzen. Für Familien mit mehr als 2 Kindern hieß das, für jedes weitere Kind 1 EURO zuzuzahlen. Das war wenig „groß“-familienfreundlich, fanden wir.

Mit unserem Antrag vom Juni (!) 2011, beschlossen im November (!) 2011, haben wir erreicht, dass 2 Erwachsene auch mit mehr als 2 Kindern für ebenfalls 6 EURO die Familienkarte bekommen. Eine „Belastung“ des Haushalts von ca. 1 T EURO brachte das Anliegen fast zum Scheitern. *-sm*

DIE LINKE bleibt am Ball

Aktuell notiert aus der Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Potsdamer Stadtparlament

Schwimmhalle sanieren und Neubau Kiezbad. Der Ende September von den LINKEN vorgelegte Dringlichkeitsantrag zur Aufhebung der Ausschreibung für ein Freizeitbad im Bornstedter Feld ist am 2. November abgelehnt worden. Die Rathauskooperation ignorierte damit, dass diese Ausschreibung längst überholt ist. So ist klar, dass der vorgegebene Kostendeckel von 18 Mio. Euro deutlich überschritten wird. Zugleich sind die erhofften Einnahmen aus einem Verkauf des Grundstücks am Brauhausberg unrealistisch, da die Bürger sich im Bürgerhaushalt für den Erhalt der Schwimmhalle eingesetzt haben und der von der Bürgerinitiative angeführte Widerstand gegen eine verwertungsorientierte dichte Bebauung des Brauhausbergs immer mehr zunimmt. Selbst die

SPD hat sich im September in einem Vorstandsbeschluss gegen das bisherige Vorhaben gestellt, will aber aus Gründen der Gesichtswahrung warten, bis der Oberbürgermeister im Dezember einen Kostenvergleich zwischen verschiedenen Varianten vorlegt. Berücksichtigt werden müssen auch die Existenz des Freizeitbades in Ludwigsfelde und der Baustart für ein solches Bad in Werder. Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Sanierung der Schwimmhalle am Brauhausberg UND ein sportorientiertes Kiezbad im Potsdamer Norden ein.

Live-Übertragung SVV. DIE LINKE will mehr Transparenz in der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung. Ihr Antrag, die technischen Möglichkeiten zu nutzen, um künf-

tig die Plenarsitzung direkt im Internet zu übertragen, fand eine große Mehrheit.

Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Damit soll allen Potsdamern ermöglicht werden, die Sitzungen zu verfolgen, sich zu informieren und sich eine Meinung zu bilden.

Vorgaben für Grundstücksverkäufe.

Der Vorschlag der LINKEN, beim Verkauf von städtischen Grundstücken bzw. von Grundstücken städtischer Unternehmen künftig die Vorschriften des EU-Leitfadens von 1997 anzuwenden, fand mehrheitliche Zustimmung. Das hat u. a. zur Folge, dass öffentliche Ausschreibungen generell mindestens acht Wochen laufen müssen.

Bericht zu Regelungen der Fäkalienabfuhr. Die seit 2010 geltenden neuen Regelungen zur Leerung abflussloser Sammelgruben sind insbesondere bei Kleingärtnern, aber auch bei Eigenheimbesitzern auf massive Kritik gestoßen. So sind die Abfuhrkosten je Kubikmeter einschließlich der Festlegungen zur Schlauchlänge erhöht worden. Das hat in verschiedenen Fällen zu erheblichen Mehrbelastungen geführt. DIE LINKE hat den Oberbürgermeister mit Unterstützung einer Stadtverordnetenmehrheit aufgefordert, einen Bericht zu den Erfahrungen im Umgang mit den Satzungsregelungen vorzulegen, um daraus Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen abzuleiten.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender*

Vergleichbare Gutachten?

Nun liegen sie in Form von nur zwei Zahlen auf dem Presse-tisch. Der geneigte Potsdamer Bürger staunt nicht schlecht. Wie können zwei ausgewiesene Fachbüros für den Bäderbau einen Kostenunterschied von 5 Mio. Euro ermitteln?

Die Inhalte der Gutachten liegen der Öffentlichkeit, trotz vielfacher Versprechen des OB Jann Jakobs, nicht vor.

Es stellt sich jedoch die Frage, warum angeblich nur das Gutachten der CONSTRATA explizit von umfangreichen Dach- und Betonsanierungen ausgeht. Unstrittig ist, dass Code Unique den Hallentyp bereits saniert hat und auf entsprechende Kenntnisse zurückgreifen kann.

Auf Grundlage der 14,5 Mio. Euro der CONSTRATA wäre es dann auch tatsächlich unwirtschaftlich, das Bad am Brauhausberg zu sanieren.

Achtung: Die Stadt Potsdam wollte noch 2008 das Bad am Brauhausberg für 9 Mio. Euro sanieren. Code Unique liegt mit Stand Oktober 2011 ebenso wie Pro Brauhausberg bei ca. 9,5 Mio. Euro.

Folglich ist es also legitim zu fragen, ob die CONSTRATA nicht ein ganz eigenes Interesse an einem Neubau des Sport- und Freizeitbades am Bornstedter Feld haben könnte?

Im Sinne von Transparenz und Bürgerkommune sollte der OB Jann Jakobs als Aufsichtsratsvorsitzender durch den Stadtwerkechef Burkhard Exner den Inhalt der Gutachten der Öffentlichkeit unverzüglich vorlegen. Erst dann wird sich herausstellen, ob die Gutachten denn tatsächlich vergleichbar sind.

Unterstützung durch Energie Forum

Unterstützung hat der Solarverein zwischenzeitlich durch das Energie Forum Potsdam e.V. erfahren. Die Mitglieder des Energie Forum Potsdam e.V. (www.energie-forum-potsdam.de) sind beruflich und/oder privat mit dem Thema Klimaschutz verbunden und verfügen über ein hohes Fachwissen in Bereichen wie Energietechnik, Klimaforschung, Wohnungswirtschaft oder Energiewirtschaft. Dieses setzen sie ein, um mit Ideen, Fragen und fachlichem Rat die Klimaschutzbemühungen der Stadt Potsdam zu unterstützen. Auch das Energieforum ist Mitglied des Klimarates der Stadt Potsdam. Seit seiner Gründung Ende 2007 hat sich das Energieforum z. B. über Anhörungen der Politik anlässlich von Wahlen oder öffentlichen Veranstaltungen zu Wort gemeldet und sich bemüht, dem Thema Klimaschutz in Potsdam mehr Gewicht zu geben. Im Jahr 2010 hat sich das Energie-Forum intensiv an der Erarbeitung des integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Potsdam beteiligt. In jüngster Vergangenheit hat das Energie-Forum Potsdam – dank finanzieller Unterstützung des Brandenburger Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft und gemeinsam mit dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung – einen Workshop mit dem Titel „Integriertes Klimaschutzkonzept, Potsdam auf dem Weg“ durchgeführt. Daran nahmen auch der Potsdamer Oberbürgermeister Herr Jann Jakobs und die maßgeblich Verantwortlichen aus der Verwaltung und den Städtischen Betrieben Potsdams teil. Unter der Moderation von Mitarbeitern des Berliner Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung wurde gemeinsam überlegt und erarbeitet, wie das nun vorliegende integrierte Klimaschutzkonzept mit Leben erfüllt werden kann.



Bürgersolaranlagen für unsere Stadt

Bürgerschaftliches Engagement für Klimaschutz und Erneuerbare Energien in Potsdam

Die zweite PV-Anlage der Neue Energie Genossenschaft am Netz. Auf Dächern einer Liegenschaft des Landes Brandenburg in Potsdam-Eiche wurde eine 180-kW-Anlage errichtet, die nun mit ihrem jährlichen Stromertrag von etwa 167.000 kWh den Bedarf von ca. 170 Personen oder 55 Haushalten abdeckt. Die Einweihung erfolgte am 5. Oktober 2011 in Anwesenheit von Finanzminister Markov.

Im Folgenden soll versucht werden, die Entwicklung der Aktivitäten und insbesondere die Rolle des Potsdamer Solarvereins und der Neue Energie Genossenschaft eG chronologisch darzustellen, um die Zusammenhänge verständlich zu machen.

Am Ursprung stand im Jahr 2005 die Initiative einer kleinen Gruppe von Personen um Anita Elpers zum Bau einer ersten Potsdamer Bürgersolaranlage. Auf der Suche nach einem geeigneten Dach wandte sich die Gruppe unter anderem an die Gewoba. Dort stieß man auf großes Interesse und sehr schnell konnte ein Dach ausfindig gemacht werden, welches in naher Zukunft saniert werden sollte und anschließend zum Bau einer PV-Anlage genutzt werden konnte.

Die Planung und der entsprechende Lernprozess konnten also beginnen. Alles musste erarbeitet werden: der Dachnutzungsvertrag mit der Gewoba, die Gründungsmodalitäten für die Betreiber-Gesellschaft der Anlage (GbR), eine geeignete Unterkonstruktion für die Anlage, die den schwierigen statischen Voraussetzungen und den Eigentumsverhältnissen Rechnung trug, der notwendige Versicherungsschutz, und nicht zuletzt mussten auch genügend Investoren geworben werden. Ende 2006 war es jedoch so weit, die Anlage konnte gebaut und gemeinsam mit dem Dacheigentümer feierlich eingeweiht werden.

Um Einiges an Erfahrung reicher entschlossen sich diese Aktiven der ersten Stunde, in Potsdam einen Solarverein zu gründen. Zum

einen wollte man für zukünftige Aktivitäten ein Sprachrohr haben, zum anderen das Gelernte teilen und sich als Ansprechpartner für Fragen rund um die Nutzung der erneuerbaren Energien anbieten.

Selbstverständlich sollte es auch nicht bei dieser ersten Bürgersolaranlage bleiben. Die Erfahrung aus dem ersten Projekt lehrte jedoch, dass die mit der Gesellschaftsform der GbR verbundene Haftungsproblematik ein Risiko darstellt, das viele potenzielle Investoren abschreckt. Zum anderen wurde deutlich, dass für zukünftige Projekte eine Gesellschaftsform benötigt wird, die mit der Zeit wachsen kann. Die Gesellschaft sollte im Laufe der Zeit sowohl neue Anlagen als auch neue Teilhaber aufnehmen können. Nach gründlicher Abwägung fiel der Entschluss, eine Genossenschaft zu gründen.

Diese Entwicklung führte dazu, dass einige Personen, die ehrenamtlich im Solarverein arbeiten, auch Mitglieder der Genossenschaft sind oder Funktionen in deren Vorstand bzw. Aufsichtsrat ausüben. Dies ist aber kein „Muss“ und die Genossenschaft hat heute eine Vielzahl von Mitgliedern, die nicht im Solarverein aktiv sind.

Die Neue Energie Genossenschaft wurde 2008 gegründet und blickt nun bereits auf gut 3 Jahre Geschäftsbetrieb zurück. Im Folgenden soll der aktuelle Stand kurz beschrieben werden:

Die NEG investiert die Einlagen (Genossenschaftsanteile) der Mitglieder in Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energie. Bisher wur-

den für insgesamt ca. 750.000,- Euro zwei große PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von ca. 240 kW installiert. Die erste Anlage konnte bereits 2008 auf dem Dach der Montessorischule in Potsdam West errichtet werden. In diesem Jahr konnte nun auf einer Liegenschaft des Land Brandenburg in Potsdam-Eiche die zweite Anlage in Betrieb genommen werden. Einnahmen entstehen durch die Vergütung des erzeugten Stroms laut EEG durch den Netzbetreiber. Die Höhe der Vergütung ist abhängig vom Jahr der Inbetriebnahme und der Größe der Anlagen für 20 Jahre festgeschrieben. Einnahmenüberschüsse werden als Dividende anteilig an die Mitglieder ausgezahlt. Es wird davon ausgegangen, dass die Anlagen weit länger als 20 Jahre Strom produzieren, zu welchem Preis der Strom jedoch nach Ablauf der im EEG für 20 Jahre festgeschriebenen Vergütung verkauft werden kann, ist noch völlig unklar. Der am Ende der Lebenszeit notwendige Abbau der Anlage kann voraussichtlich bereits aus den Erlösen für das verbaute Material finanziert werden.

Ziel der Genossenschaft ist, es allen Bürgern zu erlauben, auch mit kleineren Summen in Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energie zu investieren. So kann zum Beispiel jeder, unabhängig davon, ob ein eigenes Dach zur Verfügung steht, mit einer investierten Summe von aktuell ca. 2500 Euro dafür sorgen, dass jährlich ca. 1000 kWh Strom regenerativ erzeugt werden und somit der eigene Stromverbrauch rein rechnerisch abgedeckt

wird. Auf Grund des steten Rückgangs der Preise für Photovoltaik wird die hierfür notwendige Summe glücklicherweise Jahr für Jahr geringer.

Neben der Erwirtschaftung eines Gewinns für ihre Mitglieder legt die Genossenschaft viel Wert darauf, mit ihren Aktivitäten zur regionalen Wertschöpfung beizutragen. So wurden in Deutschland produzierte Module verbaut und die Arbeitsleistung wurde von lokalen Unternehmen erbracht.

Ziel des Solarvereins (www.solarverein-potsdam.de) ist weiterhin, den Gedanken der Notwendigkeit einer Energiewende zu propagieren und diese aktiv zu unterstützen. Er begleitet die Umsetzung weiterer Projekte zur Erzeugung regenerativer Energie und nutzt das erworbene Know-how, um fachliche Unterstützung und Rat anzubieten. Darüber hinaus beschäftigt sich der Potsdamer Solarverein mit ganz konkreten Problemen wie z. B. dem Konflikt zwischen dem Ziel einer verstärkten Nutzung der Sonnenenergie und dem Denkmalschutz. Hierzu wurde eine Stellungnahme erarbeitet, die versucht, gangbare Kompromisse aufzuzeigen und Interessenkonflikte aufzulösen. Der Solarverein ist im Klimarat der Stadt Potsdam vertreten und arbeitet hervorragend mit der Klimaschutzkoordinierungsstelle der Landeshauptstadt zusammen.

Die hohen Zugriffszahlen auf das im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzeptes erstellte Solardachkataster (www.potsdam.de/solardach) stimmen den Solarverein optimistisch. *s.p./s.w.*

Ein Pulverfass an sozialen Risiken

Potsdam braucht ein Konzept der sozialen energetischen Gebäudesanierung Gedanken nach einem Bürgerforum „Sozialverträgliche Mieten in Babelsberg?“

Was treibt die Wohnkosten in die Höhe? Gegenwärtig – und das wird sich in den nächsten Jahren mit voller Wucht fortsetzen – werden die Kaltmietenentwicklung und deren drastische Steigerung von zwei wesentlichen gesellschaftlichen Zielstellungen beeinflusst sein:

1. von der energetischen Gebäudesanierung und dem damit einhergehenden Stadtbau unter den gesellschaftlich breit diskutierten und letztendlich vom Bundesgesetzgeber bestimmten nationalen Klimaschutzziele und

2. von der Anpassung des Wohnungsbestandes an die Bedürfnisse einer älter werdenden Bevölkerung.

Der Wohnungsneubau hat im quantitativen Verhältnis zum gesamten bundesdeutschen Wohnungsbestand, abgesehen von einigen Wachstumsregionen, eine eher nachrangige Bedeutung. Hier können Klimaschutzziele und die Barrierefreiheit schon auf der Ebene der Planung eines erst noch zu errichtenden Gebäudes ganz anders, viel konsequenter und auch leichter umgesetzt werden. Allerdings haben dadurch die Erstinvestitionen beim Neubau eine Höhe erreicht, die von den unteren und zunehmend auch von den mittleren Einkommenshaushalten immer weniger getragen werden können.

Beim Neubau stellen wir einen Anstieg der Neubaukaltmieten und eine steigende Entwicklung der Betriebskosten fest, die im Wesentlichen von den Kosten für die Warmwasser- und Raumwärmeversorgung bestimmt werden. Das resultiert aus

1. der steigenden Preisentwicklung auf dem internationalen Markt für fossile Energieträger,

2. den Kosten für die Ablösung des Atomstroms durch erneuerbare Energien und

3. dem damit verbundenen erforderlichen erneuerbaren Energieanlagen- und Netzausbau.

Die den Klimaschutzziele geschuldete energetische Gebäudesanierung und der altersgerechte Umbau des Wohnungsbestandes verlangen gewaltige Investitionen in einer historisch kurzen Zeit. Mieterinnen und Mieter, aber auch die Wohnungswirtschaft und die selbstnutzenden Wohnungseigentümer werden sich darauf einstellen müssen, dass der Anteil der Lebenshaltungskosten für das Wohnen steigen wird. In Deutschland realisiert der größere Teil der Bevölkerung sein Wohnbedürfnis immer noch als Mieter. Hier liegt ein Pulverfass an sozialen Risiken und der Ortsverband Babelsberg/Zentrum Ost nahm sich dieser Themen unlängst mit dem Bürgerforum

„Sozialverträgliche Mieten in Babelsberg?“ an.

Wir als LINKE unterstützen die Energiewende und die von der europäischen Ebene vorgegebenen und national umzusetzenden Klimaschutzziele als eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Regelungsbedarf gibt es auf unterschiedlichen Ebenen. In der Bundesrepublik Deutschland setzen

1. das Energieeinsparungsgesetz (EnEG),

2. die Energieeinsparverordnung (EnEV) und

3. das Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz (EEWärmeG)

den gesetzlichen Rahmen für deren bautechnische Umsetzung. So regelt z. B. die Energieeinsparverordnung (derzeit in der Fassung EnEV 2009) die energetischen Anforderungen beim Neubau, aber auch bei Änderungen am Gebäudebestand.

Bereits mit der Energieeinsparverordnung 2007 wurde die EU-Richtlinie „Gesamt-Energieeffizienz von Gebäuden“ 1:1 umgesetzt. Zur Umsetzung des von der Bundesregierung beschlossenen Integrierten Energie- und Klimaschutzprogramms (IEKP) wurde Anfang 2009 das Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz eingeführt und im Oktober 2009 die Energieeinsparverordnung novelliert. Mit der EnEV 2009 sind die Anforderungen an Sanierungen bei Altbauten erheblich erhöht worden.

Mit dem am 1. Januar 2009 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz möchte die Bundesregierung sicherstellen, dass spätestens im Jahr 2020 vierzehn Prozent der Wärme in Deutschland aus Erneuerbaren Energien gewonnen werden. Zweck dieses Gesetzes ist es in erster Linie die fossilen Ressourcen zu schonen und die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Darüber hinaus soll eine nachhaltige Energieversorgung dadurch aufgebaut werden und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Wärme aus Erneuerbaren Energien gefördert werden.

Mit diesem nationalen gesetzlichen Rahmen und der sich künftig noch verschärfenden Normierung ist das nachhaltige energiesparende Bauen nicht nur eine bautechnische, baukulturelle und finanzielle, sondern auch eine soziale und somit gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Den größten Energieverbrauch hat der Altbaubestand. Größere Teile davon befinden sich in historischen Stadtkernen oder sind Zeugnisse der Baukultur unterschiedlichster Epochen. Hier gestaltet sich



die energetische Gebäudesanierung schwieriger. Wärmedämmungen können nicht so ohne Weiteres auf die Fassaden aufgebracht werden, ohne den bewahrenswerten Charakter des Einzelgebäudes, eines Straßenzuges oder auch eines Quartiers zu beeinträchtigen. Dämmmaßnahmen finden dann auf der Innenseite des Gebäudes statt, mit all seinen bautechnischen und bauphysikalischen Schwierigkeiten. Solche Sanierungsmaßnahmen lassen sich nicht mehr unter bewohnten Verhältnissen durchführen. Damit verbinden sich Änderungen an der Bewohnerstruktur des Einzelhauses und auf längere Sicht auch die eines ganzen Viertels. Die energetische Gebäudesanierung wird künftig immer stärker soziale Folgen

haben, mit nachteiligen Auswirkungen auf den Zusammenhalt in den Städten und Gemeinden. Die an den Klimaschutzziele ausgerichtete Energetische Gebäudesanierung ist als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, von allen! Deshalb fordert nicht nur die LINKE, sondern auch Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklungsexperten ein nationales Förderprogramm, ähnlich der Städtebauförderung.

(Fortsetzung folgt)

Stephan Worsack (OV DIE LINKE. Babelsberg/Zentrum-Ost)
Steffen Pfrogner (DIE LINKE. Potsdam Arbeitskreis Stadtentwicklung)
Heidrun Bluhm (MdB, Linksfraktion)

**Nach
Redaktionsschluss:**

Öffentliches Richtfest für den Landtagsneubau

Am 24. November 2011 fand das Richtfest für den Neubau des Landtages Brandenburg statt. Dazu waren alle Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste der Landeshauptstadt Potsdam herzlich eingeladen.

Die Dacharbeiten erfolgen nun in mehreren Bauabschnitten, begonnen wird am Nordflügel. Genau an dieser Stelle wurde das Richtfest gefeiert. Dieses sollte über das traditionelle Fest als Dank für die Bauarbeiter hinausgehen, indem es als öffentliches Richtfest gefeiert wurde. In diesem Rahmen hatten alle Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste Potsdams die Möglichkeit, sich auch im Innenhof selbst ein Bild vom Baufortschritt zu machen. Errichtet wird das neue Landtagsgebäude nach dem Entwurf des Dresdner Architekten Prof. Peter Kulka. Bestandteil des Projekts ist auch die weitgehend nach historischem Vorbild erfolgende Rekonstruktion der äußeren Fassade des Knobelsdorffschen Stadtschlusses, das an dieser Stelle einst stand. Möglich ist die Rekonstruktion der Fassade durch eine Spende der Hasso-Plattner-Förderstiftung. Es entsteht damit ein Bauwerk im traditionellen Kleid mit einem modernen Innenleben, das einen offenen Rahmen für die parlamentarische Arbeit bietet. Der repräsentative Bau wird insgesamt über eine Nutzfläche einschließlich Tiefgarage von rund 19.000 Quadratmetern verfügen.

**Nach
Redaktionsschluss:**

Freitag 02.12.2011, 19.30 Uhr:
Der Tangoabend im Kulturhaus Babelsberg. Practica mit Steven O'Fearn. g20:30 Uhr Milonga,

Freitag 02.12.2011, 19.00 Uhr:
Weihnachtskino Open Air "Die Feuerzangenbowle" im Kulturhaus Babelsberg

Sonntag 4.12. / 11.12. / 18.12.2011, jeweils 15.30 Uhr:
Advent/Advent/Adventstheater im Lindenspark

Sonntag 18.12.2011, 11.00 Uhr:
„Woffelpantoffel – o wei, o wei, o Weihnachtsbaum...“ im Kulturhaus Babelsberg. Für Kinder ab 3 Jahren

Unser Tipp für die Weihnachtsvorbereitung:

Die Holzwerkstatt des „Werkhaus Potsdam“ ist mit professionellen Maschinen ausgerüstet. Es besteht die Möglichkeit, diese nach einer fundierten Einweisung selbst zu nutzen, um so seine eigenen Ideen zu verwirklichen.

In der Keramikwerkstatt haben Interessierte Anfänger und Fortgeschrittene die Möglichkeit, unter Anleitung den Umgang mit Ton zu erlernen oder bereits erworbene Fähigkeiten auszubauen. Dabei stehen ihnen alle erdenklichen Werkzeuge und Materialien zur Verfügung. Natürlich kann auch alles Hergestellte vor Ort gebrannt werden.

*Werkhaus-Potsdam
R.-Breitscheidstr. 164
14482 Potsdam
0331/ 70 44 27-15*

Gut für Körper, Geist und Seele

Von Erika Stern (Foto), Teilnehmerin am Yoga-Kurs in der Dahlweid-Stiftung

„Was ist das eigentlich – Yoga?“, fragte ich mich zu Beginn. Ich wusste schon, das Wort stammt aus dem Sanskrit, und Yoga ist ein indisch-philosophisches System und stellt als kombinierte Methode von genau aufeinander abgestimmten Übungen die Einheit von Körper, Geist und Seele dar.

Es hat uns gefreut, als die Vorstandsvorsitzende der Dahlweid-Stiftung ab Februar 2010 einen Yogakurs eingerichtet hat. Im Februar hatten wir schon 13 Teilnehmerinnen, einige über 70, manche sogar über 80 Jahre alt (die Autorin wird am 8. Dezember 2012 immerhin 92 Jahre jung!).

Unser Yogalehrer stammt aus Nepal und ist ein sehr sympathischer, schlanker, fast zierlicher junger Mann: Bishnu Kumar Karki. Er gefällt uns – und wir ihm offensichtlich auch.

Mit großem Können, aber auch mit viel Geduld und Freundlichkeit vermittelt uns Bishnu wichtige Körper- und Atemübungen, die sowohl den Körper als auch den Geist und die Seele positiv beeinflussen.

Schon nach einigen Monaten stellen wir Seniorinnen erfreut fest, dass u. a. Rheuma- und Gelenksbeschwerden gelindert wurden und Lebensmut und Freude gestiegen sind. Damit es so bleiben

bzw. noch verbessert werden kann, freuen wir uns auf jeden Dienstag, der uns zum gemeinsamen Yoga

zusammenführt. „Namaste!“, ein Dankeschön beschließt unsere Übungsstunde.

**Alter schützt vor online nicht...**

Wie geht denn das? In allen Medien liest und hört man heute „Besuchen Sie uns im Internet unter...“. Jetzt wird klar, auf den Computer und Internet kann man kaum noch verzichten. Ein paar Anleitungsbücher sowie der notwendige Anschluss sind schnell beschafft, aber was dann, wenn bei der Bedienung die Probleme kommen? Ich kann in meinem Alter nicht mehr alles wissen und die Schulbank soll es auch nicht mehr sein. Wo kann ich unter Gleichaltrigen meine Fragen stellen, wo erhalte ich verständliche Antworten? Wo kann ich am Computer üben, wo wird mir die Angst vor Bedienungsfehlern genommen, so dass ich Spaß im Umgang mit dieser Technik habe und auf die Vorteile nicht verzichten

muss?

Ich besuche seit Mai 2011 einmal wöchentlich den PC-Kurs in der Dahlweid-Stiftung im Wohngebiet „Zentrum Ost“. Es stehen sechs gut ausgestattete Computer zur Verfügung. Wenn man will, kann man auch das eigene Notebook mitbringen und daran arbeiten. Durch die gute Arbeit unseres Lektors, Peter Högerl, habe ich viel Freude am Computer mit E-Mails, Internet, Textbearbeitung u. Co. Alles wird verständlich erklärt und vor allem kann ich die Dinge ganz praktisch selbst üben. Das ist besser als alle Bücher. Auch wenn man PC-Probleme von zu Hause mitbringt, werden die in diesem Computer-Kurs geklärt. Ich habe festgestellt, hier bin ich genau richtig! *H. Albrecht*

Optimistisch in Sachen Uferweg Greibnitzsee

Auch wenn es von außen so scheint, dass am Greibnitzsee Stillstand herrscht, wird in der Stadtverwaltung intensiv daran gearbeitet, den Bebauungsplan fertig zu stellen, dessen Kernstück ein wieder durchgängiger Uferweg für alle Potsdamer ist. Im Frühjahr 2011, in der Phase der Beteiligung der Öffentlichkeit, meldeten sich über 600 Bürger schriftlich zu Wort. (Zum Vergleich: So viele Zuschriften hat es zum Stadtschloss nie gegeben) Die Stellungnahmen müssen jetzt in den Planentwurf eingearbeitet werden. Vermutlich im Dezember 2011 wird der Plan wieder der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt. Es folgt dann eine erneute Auslegung, bei der zu den geänderten Teilen erneut Stellung genommen werden kann. Ist dies überstanden, können die Stadtverordneten dem Plan endgültig grünes Licht geben, und die Umsetzung kann beginnen. Den

zu erwartenden Klagen von Seeanrainern wird der Plan nach gründlicher Vorarbeit der Stadtplaner diesmal hoffentlich trotzen. Die Position der Stadt Potsdam hat sich in diesem Jahr durch den Ankauf von noch im Besitz des Bundes befindlichen 51 Ufergrundstücken verbessert. Die Stadt konnte mit ihren Argumenten die Abgeordneten des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages überzeugen und sich gegen ein Bieterkonsortium von Privatleuten durchsetzen. Potsdam ist durch den Ankauf dem Ziel eines Uferwegs ein großes Stück näher gekommen, aber noch ist der Weg auf mehreren Abschnitten gesperrt und zum Teil entfernt worden. Vor kurzem wurde sogar der Postenweg auf städtischem Eigentum ungefragt beseitigt.

Zur Erinnerung: Jeder, der sich nach der Wende am Greibnitzsee niedergelassen hat, wusste, dass

es einen Weg gab und die Stadt seit 1991 plante, diesen zu erhalten. Planmäßig gingen auch diejenigen vor, die den Weg nicht wollten. In den allermeisten Fällen folgte die Schaffung eines vermeintlichen Seegrundstückes zweizeitig: Am Anfang stand der Kauf eines Hauses an der Karl-Marx-Straße, der Virchowstraße oder der Rudolf-Breitscheidstraße, z.T. gegen den Willen der Alteigentümer nach dem Investitionsvorranggesetz. Erst im zweiten Schritt wurden die Uferflurstücke nach dem Mauergrundstücksgesetz zu 25% des Verkehrswertes erworben. Der Verkehrswert selbst war zuvor durch Gebote der Kaufwilligen in die Höhe getrieben worden.

Anders als 2004 ist die Stadt Potsdam heute in jeder Hinsicht besser aufgestellt. Sie ist mittlerweile Eigentümerin von ca. der Hälfte der Ufergrundstücke, sie hat gelernt, sich mit den privaten

Interessen auseinanderzusetzen, sich nicht mehr treiben zu lassen, sondern selbst das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Insofern bleibe ich optimistisch, dass sie das öffentliche Interesse an einem Uferweg am Greibnitzsee am Ende durchsetzt.

Nach „Greibnitzsee für Alle“ gründete sich in Berlin „Spreeufer für Alle“. Berlin möchte Fehler, die in Potsdam gemacht wurden, vermeiden und legt in Kreuzberg, Mitte und Friedrichshain einen durchgehenden Uferweg an, der in 2 Jahren fertig sein wird. Auch hier hat man die Zeichen der Zeit erkannt. In einer wachsenden Hauptstadtregion steigt der Bedarf an öffentlichen Erholungsflächen und die private Nutzung von Seeufern schließt hier zu viele Menschen aus, als dass sie auf Dauer zu rechtfertigen wäre.

*Dr. Walter Raffauf
Greibnitzsee für Alle e.V.*

Fußball soll und muss Spaß machen

Vorgestellt: Der Kinder-Fußball-Verein SV „Concordia Nowawes o6“

So oder ähnlich waren wohl die Gedanken einiger Potsdamer Bürger, als sie im Dezember des Jahres 2006 den Kinderfußballverein SV Concordia Nowawes o6 aus dem Boden stampften. In Anbetracht der miesen Sportstätten-situation in der brandenburgischen Landeshauptstadt wurde es unerlässlich, neue Wege zu beschreiten. Die Kapazitäten der etablierten Vereine erlaubten es nicht, mehr Kinder in den Verein aufzunehmen, die den Leistungsansprüchen nicht genügten. Concordia will allen jungen SportfreundInnen unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Talent, Alter und Geschlecht den Fußballsport zum Erlebnis werden lassen, frei von Leistungsdruck und Demütigungen. Also wohin mit diesen Kids? Einfache Lösung: Ein neuer Verein muss her. Allerdings weniger einfach war es, dieses Projekt ins Rollen zu bringen. Als Trainings- bzw. Übungsplatz wurde die Wiese südlich des Babelsberger Parks zwischen der Nuth-Schnellstraße und der Nuthestraße ausgesucht. Ein Platz, der bis jetzt eine Brachfläche ist und es nach dem Willen der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten auch bleiben soll. Der Stiftung ist eine Pufferzone zum Weltkulturerbe wichtiger, als die Kinder, die in Potsdam leben. Aber die engagierten Bürger ließen sich nicht von der Stiftung verunsichern.

Frei vom Leistungsdruck

Anfänglich war es unmöglich, Trainingszeiten auf einem der kommunalen Sportplätze zu bekommen. Daher wurden die ersten Trainingseinheiten mit zehn Kids auf dem Bolzplatz in der Behringstraße durchgeführt. Innerhalb von vier Monaten entstand eine Mannschaft für den Spielbetrieb. Die Haupttrainingsmethoden blieben weiterhin eine gelockerte Atmosphäre, frei von Leistungsdruck,



sowie die Erweckung, Förderung und Entwicklung der Spielaune. Die Eltern tragen das Konzept mit und engagieren sich zum großen Teil selbst als Unterstützer im Verein. Inzwischen trainiert der Verein auf der Sandscholle und hat fünf Mannschaften im laufenden Spielbetrieb, davon drei in der F-Jugend (AK 01/02) und zwei in der E-Jugend (AK 03/04). Die Mannschaften trainieren einmal die Woche, jedoch wird inzwischen auch ein zweites Training angeboten.

Im Bürgerhaushalt mit vorn

Concordia o6 hat es dieses Jahr auf Platz 3 des Bürgerhaushaltes geschafft (im letzten Jahr Platz 1). Dies zeigt sehr eindeutig den Wunsch der Potsdamer Bürger, dieses Projekt voran zu treiben. Es wurde eine AG Concordia von Stadtseite aus gegründet, bei der es um den Bolzplatz am Babelsberger Park, die „Nowawiese“, geht. In diesem Gremium sind die wesentlichen Protagonisten, wie z.B. der KIS oder auch die untere Denkmalschutzbehörde vertreten. Es wird die Machbarkeit geprüft und es wurde eine Bauanfrage gestellt. Die Entscheidung hierzu steht noch aus. Der Oberbürgermeister stellte 250.000 Euro für den kommenden Haushalt in Aussicht. Jetzt hängt alles noch von der von demokratischen Mitteln

befreiten Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten ab, die sich immer noch quer stellt. Die Stiftung vergisst allerdings, das Concordia auch zum Kulturerbe der Stadt gehört.

Der Arbeitersport-Tradition verpflichtet

Der ursprüngliche Sportverein Concordia Nowawes o6 erblickte nämlich im Jahr 1906 als reiner Fußballklub der Gemeinde Nowawes das Licht der Welt. Als im Jahr 1928 alle Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aus dem sozialdemokratisch geprägten Arbeiter-, Turn- und Sportbund (ATSB) ausgeschlossen wurden, gründeten die KPD-Mitglieder die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.

Zu den Mitgliedern dieser Kampfgemeinschaft gehörte auch der SV Concordia. Im Jahr 1933 wurde der SV Concordia verboten. Die Mitglieder trainierten aber illegal im Babelsberger Park weiter. Also auch schon vor -zig Jahren ließen sich Fußballbegeisterte nicht von der Obrigkeit den Spaß verbieten und eroberten sich die Stadtflächen für eigene Projekte und Interessen. Der SV Concordia Nowawes o6 beweist, dass er in



der Tradition der zivilen Unangepasstheit steht.

Informationen zum Verein

Interessierte können sich auf der Homepage des Vereins: www.concordia-nowawes.de ein umfassendes Bild vom Verein und den Möglichkeiten der Unterstützung machen. Spenden sind jederzeit willkommen und würden die ehrenamtliche Arbeit sehr erleichtern. Eltern, die ihren Kindern im Alter von 5–13 Jahren ein spielerisches Kennen- und Könnenlernen des Fußballs ermöglichen wollen, sollten diesen Verein näher beäugen. Der Monatsbeitrag beläuft sich auf billige 5 Euro pro Kind und für Familien 10 Euro.

Also dann: Sport Frei

Michél Berlin

Die LINKE - Ortsverband
Babelsberg/Zentrum-Ost



„TOP 20-Liste der Bürgerinnen und Bürger“ übergeben

Am Mittwoch, 2. November 2011, wurde die „Liste der Bürgerinnen und Bürger“ mit den am besten bewerteten Vorschlägen des Bürgerhaushalts 2012 der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Entscheidung übergeben. Vertreter der Bürgerschaft überreichten dazu ein symbolisches Exemplar an den Vorsitzenden Peter Schüler. Mit einer Entscheidung der Stadtverordneten zu den Bürgerideen wird im ersten Quartal 2012 gerechnet.

Im Rahmen des Bürgerhaushalts konnten Potsdamerinnen und Potsdamer Vorschläge zur städtischen Haushaltsplanung einbringen. Der diesjährig unangefochtene Favorit mehrerer Abstimmungsrunden ist der Appell zum Bau eines neuen Tierheims. An zweiter Stelle steht die Forderung zum Erhalt der Schwimmhalle am Brauhausberg. Ihnen folgen der Wunsch zur Herstellung von Sport- und Freizeitflächen am Babelsberger Park, die Aufforderung zur Erarbeitung von Konzepten für bezahlbaren Wohnraum und die Anregung für mehr Sauberkeit und Papierkörbe im gesamten Stadtgebiet.

Es konnte erneut der Trend der steigenden Beteiligung verzeichnet werden. Insgesamt nahmen über 8800 Potsdamerinnen und Potsdamer an dem Verfahren teil, das sind 3000 mehr als im Vorjahr.

„Die Messlatte ist hoch gelegt“

Im Gespräch: Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Umweltschutz

Persönliches

Anita Tack, 60 Jahre, geboren in Dresden, lebt seit 1973 in Potsdam. Sie ist Diplom-Ingenieurin für Städtebau und Regionalplanung und arbeitete bis 1989 in leitenden Funktionen in der Territorialplanung des Bezirkes Potsdam. Seit Oktober 1994 ist Anita Tack Mitglied des Brandenburger Landtages für die PDS-Fraktion und später für die Fraktion DIE LINKE. Nach der Landtagswahl 2009 übernahm die erfahrene Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete in Potsdam das Amt der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in der rot-roten Landesregierung.

Hilfe für Geburtsklinik in Tadschikistan

Die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) bittet um Hilfe für eine Geburtsklinik in Tadschikistan. Bei einem Besuch auf der dortigen Frühgeborenenstation erfuhr sie, dass es an allem, vor allem aber auch an Kleidung für die Frühchen fehle. Besonders fehle es an Mützen, Söckchen, Schuhen, Handschuhen und Decken. Vielleicht hat die eine und andere Oma Lust zum Stricken oder Babybekleidung von den Enkeln gut verpackt auf dem Boden zu liegen und keine Verwendung dafür. Dagmar Enkelmann bittet: „Helfen Sie!“

Die Spenden können an das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten, Dr. Dagmar Enkelmann, Berliner Str. 17, 16321 Bernau, gesandt werden. Die Spenden werden dann über die tadschikische Botschaft an die Geburtsklinik weitergeleitet. Rückfragen bitte unter 03338-459543.

War Ihnen klar, wie schwierig Ihre Aufgabe werden würde, als Sie Ministerin wurden? Und was hat Sie am meisten überrascht?

Die Übernahme des Ministeramtes ist für mich eine große Herausforderung. Ich habe diese Aufgabe gern übernommen, nur langsam erahnend, was sie wirklich bedeutet. Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sind alles Themen, die die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger direkt berühren. Das müssen wir bei all unseren Entscheidungen berücksichtigen. Verantwortung für das Land Brandenburg ist mir nicht fremd. Seit 1994 bin ich Landtagsabgeordnete, und meine Arbeit in der Opposition in diesen 15 Jahren habe ich immer als Beitrag zur Entwicklung des Landes verstanden. Und insofern ist es schwer, mich zu überraschen.

Was kann man in bundespolitisch bestimmten Bereichen wie der ärztlichen Versorgung oder dem Hochwasserschutz mit einem dünnen Etat überhaupt ausrichten?

Die gesundheitliche Versorgung und der Hochwasserschutz gehören als Teil der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu den Schwerpunktaufgaben. Die Krankenhäuser in Brandenburg wurden seit 1991 mit 3,6 Milliarden Euro Fördermitteln, davon 2,77 Milliarden Euro aus Landesmitteln, unterstützt. Allein im Jahr 2010 hat die Landesregierung über 104 Millionen Euro zur Finanzierung von einzelnen Krankenhausbaumaßnahmen und an Pauschalfördermitteln den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt. Weitere 25 Millionen Euro kamen aus dem Konjunkturpaket II für Bau und Sanierung dazu. Aber es geht nicht nur ums Geld. Wir arbeiten mit allen Brandenburger Akteurinnen und Akteuren des Gesundheitssystems eng zusammen. Zweimal im Jahr treffe ich mich beispielsweise mit ihnen zu einem Spit-

zengespräch, wo wir konkrete Probleme wie die Fachkräftesicherung besprechen. Auf diesem Weg wurde das Schwester-Agnes-Projekt, korrekt gesagt: der Einsatz der nichtärztlichen Praxisassistentinnen im Modellprojekt „AGNES II“, entwickelt. In diesem Jahr ist es uns gelungen, unter Federführung unseres Ministeriums ein umfassend abgestimmtes „Konzept zur künftigen Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Land Brandenburg“ vorzulegen. Damit haben wir eine gute Grundlage der Zusammenarbeit.

Und was den Hochwasserschutz betrifft: Die Hochwasserereignisse im vergangenen Jahr und zum Jahreswechsel haben gezeigt, dass sich die Investitionen der vergangenen 20 Jahre entlang der Elbe und Oder ausgezahlt haben. Rund 300 Millionen Euro – viel Geld für ein kleines Land wie Brandenburg – wurden in den Deichbau gesteckt. Auch die Wirksamkeit von Überflutungsflächen hat sich bewährt. Wir müssen und wollen den Flüssen mehr Raum geben, um dem gewachsenen Hochwasserrisiko gerecht zu werden. Derzeit erarbeiten wir Hochwasser-Risikomanagementpläne, die uns beim vorsorgenden Hochwasserschutz helfen werden.

Gibt es eine Sache, die Sie persönlich unbedingt erreichen wollen?

Wir haben uns auf den Weg zu mehr Nachhaltigkeit, Transparenz und Bürgerbeteiligung gemacht. Ich möchte, dass bei Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz am Ende dieser Legislatur eine linke Handschrift erkennbar wird. Ein erster großer Erfolg war die Verabschiedung von Eckpunkten der Landesregierung für eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg. Gegenwärtig bereiten wir einen breiten öffentlichen Dialog vor, um das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft besser zu verankern und die Lan-



Anita Tack mit Bundesumweltministerin Ilse Aigner

desstrategie zu erstellen. Auch bei der Erarbeitung der Verbraucherschutzstrategie haben wir auf frühzeitige Bürgerbeteiligung gesetzt. Wir haben das Konzept ins Netz gestellt und zur Online-Debatte eingeladen. Mehr als 6300 Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich auf unserer Internetseite informiert, an der Online-Umfrage haben sich rund 600 Personen beteiligt. Das ist, denke ich, ein guter Anfang.

Hebt man als Ministerin zwangsläufig ab oder wie bleiben Sie bodenständig?

Wer mich kennt, weiß, dass ich mit beiden Füßen auf dem Boden stehe. Und das wird sich auch nicht ändern. Ich bin über die Familie mit vielen unterschiedlichen Lebensbereichen verbunden, gehe wie eh und je in die Markthalle um die Ecke einkaufen, bin zu Fuß in der Innenstadt, in der ich mein Zuhause habe, unterwegs und kümmere mich selbst um alle Belange des täglichen Lebens. Da hebt man nicht ab.

Und die Rückkopplung in die Parteibasis ist mir ebenso wichtig.

Spüren Sie oft Vorbehalte, weil Sie von der LINKEN kommen? Oder hilft Ihnen die Verankerung in der Partei sogar?

Am Anfang habe ich schon einige Neugier gespürt. DIE LINKE ist in Brandenburg eine feste politische Größe, wir haben viele gute Fachpolitikerinnen und -politiker und sind seit 20 Jahren auf allen politischen Ebenen aktiv dabei. Ich nehme meine Gesprächspartner ernst und erwarte umgekehrt das Gleiche, das gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Ministeriums ebenso wie für Ministerkolleginnen und -kollegen aus anderen Ländern. Vorbehalte habe ich nicht gespürt.

Was stellt Ihre Geduld im Arbeitsalltag besonders auf die Probe?

Die manchmal langen Wege in der Verwaltung.

Da denke ich, es könnte manchmal schneller gehen. Aber andererseits wird so garantiert, dass der gesamte Fachverband über die verschiedenen Ebenen beteiligt wird, bevor es zu einer Entscheidung kommt.

Und insofern ist es dann auch wieder ein Vorteil.

Wann hatten Sie das letzte Mal einen freien Tag für sich privat? Und wie entspannen Sie sich nach einem besonders anstrengenden Tag?

Ich halte freie Tage für sehr wichtig und Sorge daher auch dafür, dass es sie gibt. Auf Zeiten intensiver Arbeit und Anstrengung müssen Phasen der Ruhe folgen, Dauerstress hilft niemandem. Theater, Wanderungen, Enkeltage, Garten, gemeinsames Lesen – das sind meine Erholungsrezepte.

Über welchen Erfolg als Ministerin haben Sie sich besonders gefreut?

Da könnte ich jetzt Vieles aufzählen.

Die Verabschiedung der Eckpunkte für die Nachhaltigkeitsstrategie hatte ich schon genannt. Die Anerkennung des Buchenwaldes Grumsin als Weltnaturerbe war in diesem Jahr ein Highlight.

2010 wurde Brandenburg zum zweiten Mal als bestes Bundesland mit dem Leitstern der Agentur für erneuerbare Energien ausgezeichnet. Wir sind Sieger im Ländervergleich bei der Nutzung der Gewärme mittels Wärmepumpen. Das sind große Anerkennungen, die es in den nächsten Jahren zu verteidigen gilt. Die Messlatte ist hoch gelegt!



Bei der Preisverleihung im DAK-Städtewettkampf 2011

Neues Internetportal für Jugendliche

Internet-Portal www.machs-ab-16.de freigeschaltet und Videowettbewerb gestartet

Susanne Netzel, Vorstandssprecherin des Landesjugendrings Brandenburg, der Koordinator des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung, Jugendstaatssekretär Burkhard Jungkamp, und Jean-Pierre Winter von der Potsdamer Agentur ‚medienlabor‘ haben Ende Oktober 2011 in Potsdam das neue Internetportal www.machs-ab-16.de vorgestellt. Dort können sich Jugendliche ab zwölf Jahren über das Projekt „Wählen mit 16“ informieren und sich mit Videoclips, Umfragen oder Forenbeiträgen an der Diskussion über die Absenkung des Wahlalters beteiligen. Es ist seitdem freigeschaltet und startete mit einem Videowettbewerb.

Innenminister Dietmar Woidke: „Junge Menschen wollen mitreden und mitbestimmen. Sie wollen, dass ihre Stimme Gewicht hat. Wer aber in einer demokratischen Gesellschaft mitreden und mitbestimmen will, muss sich auch informieren. Das neue Portal ist ein Informationsangebot, das zum Mitmachen anregen soll.“

Jugendstaatssekretär Burkhard



Jungkamp hob hervor: „Es ist wichtig, junge Menschen frühzeitig zu ermutigen, ihre Stimme zu nutzen und Demokratie mitzugestalten. Ich freue mich daher, dass der Landesjugendring als langjähriger Partner der Landesregierung mit dieser neuen Internetplattform Jugendliche genau dazu einlädt.“

Landesjugendring-Vorstandssprecherin Susanne Netzel: „Jugendliche sind nicht faul oder haben nicht keine Lust, sich zu beteiligen. Im Gegenteil: Dort wo Jugendliche erleben, dass ihren Meinungen und Wünschen echtes In-

teresse entgegengebracht wird, beteiligen sie sich sehr gern und mit hohem Engagement. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. begrüßt daher das Vorhaben, das aktive Wahlalter in Brandenburg auf 16 Jahre abzusenken. Wir sind stolz darauf, mit der Internet-Seite www.machs-ab-16.de jungen Menschen in Brandenburg umfassende Informationen über ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten.“

Die Internetseite www.machs-ab-16.de ist ein Projekt des Landesjugendrings und wird vom Landespräventionsrat Sicherheitso-

fensive Brandenburg im Ministerium des Innern, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gefördert.

Ziel ist es, mit dieser Plattform junge Menschen in Brandenburg umfassend über ihre politischen Mitbestimmungsrechte zu informieren und ihnen einen Überblick über den derzeitigen Diskussionsstand zum „Wahlalter 16“ zu ermöglichen. Darüber hinaus werden gezielt junge Menschen zu Themen in ihrer Lebenswelt befragt, wie sie beispielsweise zu einer Absenkung des Wahlalters stehen oder was für sie politische Mitbestimmung bedeutet. Dazu werden unterschiedliche Formate wie Videoclips und das Web 2.0 genutzt. *Mehr Informationen gibt es im Internet unter:*

www.machs-ab-16.de (www.ljr-brandenburg.de)

www.politische-bildung-brandenburg.de

www.lpr.brandenburg.de

www.tolerantes.brandenburg.de

Jura-Fakultät in Potsdam erhalten und wertschätzen

Die Kritik des Dekans der Juristischen Fakultät Hartmut Bauer an OB Jakobs kommt einer schallenden Ohrfeige gleich. Die Nichtbeachtung der Kompetenzen der Universität ist an sich schon sehr bedenklich, wenn sie aber offenkundig auch den Haushalt unnötig belastet, so ist dies beschämend. Zukünftig sollte es auf jeden Fall feste und institutionalisierte Dialoge zwischen der Stadtspitze und der Wissenschaft zum beiderseitigen Wohl geben. Von universitären Initiativen wie dem neuen Toleranzedikt kann die Stadt nur profitieren, vorausgesetzt, dass eine Kooperation ernsthaft gewünscht ist. Und in diesem Kontext ist es auch klar, dass die Juristische Fakultät in Potsdam erhalten bleibt. Sie ist nicht nur renommiert, sondern auch notwendig. Wenn sich der OB hierfür einsetzt, so könnte das der produktive Auftakt eines intensiveren Dialogs zwischen Politik und Wissenschaft sein.

MorSa

Deutsche Öffentlichkeit kann zum Entwurf des polnischen Kernenergieprogramms Stellung nehmen

Die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Behörden haben seit 5. Oktober die Möglichkeit, zum Entwurf des polnischen Kernenergieprogramms Stellung zu nehmen. Die Beteiligung der deutschen Öffentlichkeit erfolgt im Rahmen des grenzüberschreitenden Strategischen Umweltprüfungsverfahrens (SUP-Verfahren). Die Beteiligung hatte das Bundesumweltministerium der zuständigen polnischen Behörde mitgeteilt.

Das SUP-Verfahren muss gemäß

europa- und völkerrechtlicher Verpflichtungen im Falle möglicher grenzüberschreitender Auswirkungen durchgeführt werden. Es verfolgt das Ziel, Pläne und Programme im Laufe ihrer Ausarbeitung und vor ihrer Genehmigung unter Einbeziehung angrenzender Staaten einer Umweltprüfung zu unterziehen.

Stellungnahmen und Eingaben, auch in deutscher Sprache, sind unmittelbar an die zuständige Behörde in Polen zu richten. Mit den beteiligten Bundesländern

(Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt) wurde eine dreimonatige Öffentlichkeitsbeteiligung vereinbart, d.h. der Zeitraum endet am 4. Januar 2012.

Einzelheiten zum Verfahren, u.a. die von der polnischen Behörde für das Verfahren übersandten Unterlagen, können über die Internetseite des Bundesumweltministeriums abgerufen werden: [\[gie_sicherheit/doc/47821.php\]\(http://www.bmu.de/atomenergie_sicherheit/doc/47821.php\)](http://www.bmu.de/atomener-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Stellungnahmen und Eingaben sind unmittelbar an die zuständige Behörde in Polen (General Directorate for Environmental Protection, ul. Wawelska 52/54, 00-922 Warszawa, Polen) zu richten.

Polen will in die eigenständige Nutzung der Kernenergie einsteigen. Mit dem Entwurf des Kernenergieprogramms stellt das polnische Wirtschaftsministerium den Umfang und die Struktur der Maßnahmen vor, die aus dortiger Sicht für den Einstieg notwendig sind.

Althandys zu schade für den Müll

Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (DIE LINKE), sammelt zusammen mit der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH) alte Handys und ruft die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis zum Mitmachen auf.

In den Schubladen deutscher Haushalte liegen laut aktuellen Schätzungen noch mehr als 72 Millionen alte, ungenutzte Handys. Viele davon könnten wieder verwendet werden und so die Zahl der pro Jahr verkauften Neugeräte senken. Und auch defekte Geräte gehören in die Althandy-Samm-

lung. Vor allem Metalle wie Kupfer, Gold und andere Edelmetalle können aus ihnen zurück gewonnen werden. So reduziert jedes recycelte Handy die Menge der Rohstoffe. Die Erlöse, die damit erzielt werden können, kommen zudem den Umwelt- und Naturschutzprojekten der Deutschen Umwelthilfe zu Gute.

„Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit sind vordringliche Politikziele“, begründet die Ministerin ihr Engagement. „Deshalb habe ich mich bereit erklärt, die Sammlung zu unterstützen, und mein Wahlkreisbüro in Potsdam kur-



zerhand zur Sammelstelle eingerichtet“, erklärt Anita Tack weiter.

Wer sein altes Handy abgeben will, sollte vorher auf jeden Fall die SIM-Karte entfernen und alle gespeicherten Daten löschen. Die abgegebenen Handys werden dann einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt.

Montags bis freitags von 9 bis 16.30 Uhr können die Bürger in

der Alleestraße 3 in Potsdam künftig ihre alten Handys abgeben. Wem der Weg zum Abgeordnetenbüro in Potsdam zu weit ist, der kann sein Handy auch unter: www.handys fuer die umwelt.de zum Recycling einsenden — oder hochwertigere Geräte dort sogar verkaufen. Von dem Geld, das sie anteilig spenden können, profitieren vor allem Naturschutzprojekte der Netzwerke Lebendige Flüsse und Lebendige Wälder sowie Umweltbildungsprojekte. *Bürgerbüro Anita Tack, MdL, DIE LINKE, Alleestraße 3, 14469 Potsdam, Tel: 0331 2000-934*

Sudoku

		1	3					
7			5				9	
5	8		4		7		3	6
	2		3		9		8	
3								4
	6		7		2			1
9	5		8		4		2	7
	4			3				6
		2		1				

Auflösung November

9	7	6	2	1	4	8	5	3
1	5	4	9	8	3	6	2	7
8	3	2	6	7	5	4	1	9
4	1	7	8	5	2	3	9	6
6	9	8	4	3	1	5	7	2
5	2	3	7	9	6	1	4	8
7	4	5	3	2	8	9	6	1
2	8	1	5	6	9	7	3	4
3	6	9	1	4	7	2	8	5

Frohe Festtage in unserer Stadt

Gleich fünf weihnachtliche Highlights werden die Landeshauptstadt verzaubern. Den Anfang (bis nach den Feiertagen) macht der „historische Weihnachtsmarkt“ – „Blauer Lichterglanz in der historischen Innenstadt“ vom 21. November - 27. Dezember 2011. Weihnachtliche Stimmung lockt dann in die Brandenburger Straße und auf den Luisenplatz. Ein historischer Weihnachtsmarkt mit Märchenbühne und Freiluftbahn. Auch die vielen Geschäfte, Boutiquen, Galerien, Cafés und Restaurants inmitten des bunten Weihnachtstreibens laden zum Bummeln durch Potsdams Innenstadt.

Der „Romantische Weihnachtsmarkt auf dem Krongut bei Sanssouci“ findet statt vom 26. November bis zum 26. Dezember 2011. Nur 400 m vom Schloss Sanssouci entfernt, lädt das Kron-



gut Bornstedt auch dieses Jahr wieder ein in den historischen Innenhof des UNESCO-Weltkulturerbe-Ensembles.

Babelsberg feierte seinen „Böhmischen Weihnachtsmarkt“ vom 25. – 27. November 2011 auf dem Weberplatz. Mitten im historischen Weberviertel aus der

Zeit Friedrichs II. präsentieren an diesem Wochenende Handwerker und Händler, Künstler und Gastwirte böhmische Tradition.

Vom 2. bis zum 4. Dezember erleben Sie den „Polnischen Sternemarkt“ auf dem Kutschstallhof am Neuen Markt. Hier stehen wieder weihnachtliche Traditio-

nen unseres Nachbarlandes im historischen Ensemble des Kutschstallhofes am Neuen Markt im Mittelpunkt: Kunsthandwerk – Kultur – Kulinarisches. Das prägende Gebäude am historischen Neuen Markt ist der ehemalige königliche Kutschpferdestall.

Und schließlich wird es das Holländische Sinterklaas-Fest im Holländischen Viertel am 10. und 11. Dezember 2011 geben. Ein holländischer Traditionsmarkt mit Sinterklaas und seinem Gefolge. Musik, Spektakel und kulinarische Spezialitäten für die ganze Familie. Jedes Jahr trifft in der Adventszeit Sinterklaas, der niederländische Nikolaus, hier ein, um besonders die Kinder zu erfreuen.

Wir wünschen unseren LeserInnen und Freunden schon jetzt viel Spaß beim Bummel durchs weihnachtliche Potsdam und vor allem frohe Festtage sowie den obligatorischen „guten Rutsch“ ins neue Jahr!

Dank Brückentagen 2012 Urlaub verdoppeln!

Fast zwei Monate Ferien für 26 gebuchte Urlaubstage!

Der schlaue Arbeitnehmer bringt jetzt so manchen Personalers ins Schwitzen. Denn mit einer pfiffigen Urlaubsplanung kann man mit nur 26 Urlaubstagen satte 57 Tage Ferien genießen. Das sind fast zwei Monate Urlaub!

Wir zeigen wie es geht:

Ostern: Wer vom 31. März bis 15. April frei haben will, reicht 8 Urlaubstage ein und hat 16 Tage Ruhe.

1. Mai: Mit 4 Tagen Urlaub

genießt man vom 28. April bis 06. Mai 16 freie Tage.

Christi Himmelfahrt und Pfingsten: 12 Tage Stressfrei wenn man vom 17. Mai bis 28. Mai 6 Tage Urlaub einreicht.

3. Oktober: 4 Tage Urlaub einreichen und satte 9 Tage frei haben. 29. September bis 07. Oktober.

Weihnachten und Silvester: Vom 22. Dez. bis zum 4. Januar Urlaub mickrige 4 Tage Urlaub einreichen und dafür 11 Tage nicht arbeiten müssen.



Nicht „KNUT“ – die STEP entsorgt

Wenn's auch das Fernsehen jedes Jahr wieder bildhaft empfiehlt, sollte man nach den Festtagen den Weihnachtsbaum nicht einfach durchs Fenster entsorgen. Nein, dafür ist auch in diesem Jahr die STEP GmbH zuständig. Also: Sämtlichen Baumschmuck entfernen, dann den Baum nach draußen TRAGEN und ihn zu folgenden Terminen auf einen Stapel am Fahrbahnrand ablegen: Stern/Drewitz am 02. und am 16.01.; Waldstadt I und II, Schlaatz, Teltower Vorstadt, Templiner Vorstadt und Hermannswerder am 03. und 17.01.; Zentrum Ost, Berliner Vorstadt, Nauener Vorstadt, Jägervorstadt, Klein Glienicke am 04. und 18.01.; Groß

Glienicke, Neu Fahrland, Marquardt am 05. und 19.01.; Kirchsteigfeld, Babelsberg (östl. Bahnlinie Drewitz) am 06.01. und 20.01.; Babelsberg (nördl. R. – Breitscheidstr.) am 12.01. und 26.01.; Babelsberg (südl. Breitscheidstr.) 13.01. und 27.01.; Bornim, Bornstedt, Eiche, Golm am 09. und 23.01.; Stadtzentrum, Potsdam-West, Kiewitt am 10. und 24.01.; Fahrland, Paaren, Uetz, Satzkorn am 11.01. und 25.01.; Sacrow, Krampnitz, Kartzow am 12.01. und 26.01. sowie in Grube, Nattwerder und am Schlänitze am 13.01. und 27.01.2011.

Für Fragen steht die Abfallberatung unter 0331/289 – 1796 zur Verfügung.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Freitag, 02.12.2011, 19:00 bis 22:00 Uhr: „Der Fall Modrow“. Ein Film über die Strafprozesse gegen Hans Modrow. Gesamtlänge: 87 Minuten. Produktion & Drehbuch: Rosemarie Will unter Mitarbeit von Karoline Kleinert. Kamera: Margot Großmann. Schnitt: Karoline Kleinert. Mit Dr. Gregor Gysi (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Deutschen Bundestag), Dr. Hans Modrow (ehemaliger DDR-Ministerpräsident), Dr. Volkmar Schöneburg (Minister der Justiz des Landes Brandenburg), Prof. Dr. Rosemarie Will (Humboldt-Universität Berlin); Moderation: Dr. Detlef Nakath (Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg). Film und Podiumsdiskussion** im Film-museum Potsdam, Potsdam

Sonabend, 03.12.2011, 10.00 – 16.00 Uhr: Start für eine Leitbilddebatte „Brandenburg 2020: gerecht, solidarisch, nachhaltig.“ im Kongresshotel Potsdam am Templiner See <http://www.dialog-fuer-brandenburg.de/>

Montag, 05.12.2011, 14.30 Uhr: „Es weihnachtet schon – Gedanken zum Weihnachtsfest“. Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller. *

Dienstag, 06.12.2011, 14.30 Uhr: „Spiel mir eine alte Melodie ...“ - Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder. Teil 11: Die frühen Siebziger mit Gerald Meister. *

Dienstag, 06.12.2011, 17.00 Uhr: „Spaniens Himmel breitet seine Sterne“ - Dr. Karin und Dr. Lothar Schröter schildern in Wort und Bild ihre Reiseeindrücke: „AUF DEN SPUREN DES KRIEGES IN SPANIEN 1936 bis 1939“ im Treffpunkt Volkssolidarität Auf dem Kiewitt. SympathisantInnen sind herzlich eingeladen! Ortsverband P-West

Donnerstag, 08.12.2011, 18.00 Uhr: DIE LINKE lernt... Chancen und Risiken des Aufbruchs nach 1945. Alleestraße 3 im Haus der LINKEN

Sonabend, 10.12.2011, 10.00 Uhr: **2. Tagung des 3. Parteitag** **DIE LINKE.Potsdam** **Humboldt-Gymnasium Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 103**

Sonntag, 11.12.2011, 10.00 Uhr: Frührschoppen „Rathausreport live“ im Kino-Café Konsum (Thalia-Kino) Rudolf-Breitscheid-Straße 50, OT Babelsberg

Dienstag, 13.12.2011, 14.30 Uhr: Stunde der Musik: „Volkstümliche und leise Zitherklänge – Weihnachtsmelodien zum Zuhören und Träumen“ mit Dr. Gudrun Zickler. Literarisch ergänzt wird das Programm mit Weihnachtsgedichten und –geschichten berühmter Dichter und unbekannter Poeten, gelesen von Gisela Scharbert. *

Mittwoch, 14.12.2011, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben 'raus“ - Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und

Karl-Heinz Kunicke. Alle Teilnehmer erhalten kleine Preise. *

Donnerstag, 15.12.2011, 14.30 Uhr: „Frohe Weihnacht“ - Weihnachtsfeier für unsere ständigen Besucher mit einem literarisch-musikalischen Programm von und mit Manfred Bischoff, mit Kaffee und Kuchen, einem Gläschen Wein und kleinen Überraschungen, aber vor allem mit Weihnachtsliedern und festlicher Musik zum Mitsingen und Tanzen. *

Freitag, 16.12.2011: Info-Stände in den Stadtteilen – 14.30 Uhr Kepler-Platz / Stadtteil Am Stern; 15.30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Stadtteil Drewitz.

Sonabend, 17.12.2011: Info-Stände in den Stadtteilen – 10.00 Uhr Weberplatz / Stadtteil Babelsberg; 10.30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld.

Montag, 19.12.2011, 14.30 Uhr: „Eine Reise nach Australien, Hawaii und Ägypten“ auf Kreuzfahrt mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 20.12.2011, 14.30 Uhr: Potsdamer Stadtgespräche: „Historisches und Aktuelles zum Jahresausklang“. Eine heitere und nachdenkliche Vortrags- und Gesprächsreihe mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Freitag, 23.12.2011, 18.00 Uhr: Migranten musizieren – der deutsch-russische Länderkreis lädt ein zum Zyklus aus klassischer, Volks- und Jazzmusik. 47. Musikalischer Abend – die Geschichte der Volksmusik, Leitung Georgij Skutnik. Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft e. V., Schulstraße 8b, 14482 Babelsberg.

* - Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisonalle 11 in Zentrum Ost

** - Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr.53